

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Petitspalt oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklamespalt 30 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. — Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen für richtige Werbung unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr. — Der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 125

Sonnabend, den 25. Oktober 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

- Die Landvolkführer wurden vom Reichspräsidenten empfangen, dem sie über die augenblickliche Lage und die Fortschritte des Landvolks Fortgang hielten.
- Nach immer ist die Ursache, die die Katastrophe von Norddorf herbeiführt hat, von den Sachverständigen nicht festgestellt worden.
- Reichspräsident Ebert und Reichsinnenminister Dr. Brüning haben auf dem Bundesstag des Deutschen Beamtenbundes über das Verhältnis von Regierung und Beamtentum gesprochen.
- Im Bayerischen Landtag wurde jenseitig die Regierung des Reichspräsidenten als „Kontrollrat“ des Sachverständigenrates angesehen.

Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit.

Es ist selbstverständlich, daß die ungeheure Not der Erwerbslosigkeit an sich, die Erschütterung der Reichsfinanzen durch die wachsenden Ansprüche der Reichsversicherungsanstalt und der Kriegsfürsorge, vor allem aber auch die Bedrohung der Gemeindefinanzen von dem Augenblick an, in dem die Aussteuerung ein Massenproblem größten Stiles wurde, alle sozial verantwortlichen Denkenden dauernd beschäftigt. Korrosive der verheerendsten Art tauchen auf, und es ist notwendig, sie alle mit der Gemessenheit, die sich angesichts der Not von selbst versteht, zu prüfen.

Das Institut für Konjunkturforschung hat eine Unteruchung der Frage veröffentlicht, ob die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit überwinden werden kann. Es wird zunächst festgestellt, daß von den rund 2,88 Millionen Arbeitslosen, die Ende August bei den Arbeitsämtern gezählt wurden, 2,3 Millionen auf die Industriebeschäftigten entfallen und daß nur für sie grundsätzlich die Frage der Streckung überhaupt zur Diskussion gestellt werden kann. Von den 10,5 Millionen Industriebeschäftigten sind schätzungsweise 5,2 Millionen beschäftigt. In diesen 5,2 Millionen sind nun aber auch alle Kurzarbeiter enthalten; ihre Zahl läßt sich nur mit Hilfe der Gewerkschaftsstatistik schätzen und dürfte etwa 1,8 Millionen betragen, so daß etwa 6,4 Millionen Arbeiter voll beschäftigt sind, das heißt: die wachsende tariflich festgesetzte Arbeitszeit arbeiten. Nur für sie kommt also von vornherein die Frage einer Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten der Wiederbeschäftigung Erwerbsloser in Frage, denn diejenigen Betriebe, die bereits gezwungen sind, um ihre Beschäftigten durchzuführen, verzicht auf zu arbeiten, können selbstverständlich nicht gezwungen werden, neue Arbeitskräfte einzustellen. Für die übrigen kann man auf Grund der tariflich festgesetzten Arbeitsstunden eine mechanische Rechnung aufmachen, die rein zahlenmäßig ergibt, daß bei einer allgem. Streckung der Arbeitszeit von 48 auf 44 Wochenstunden fast 6,8 Millionen 7,5 Millionen Arbeiter erforderlich sein würden, um das gleiche Arbeitsquantum zu verrichten. Rein rechnerisch würden damit 0,7 Millionen Arbeiter vom Arbeitsmarkt verschwinden. Bei einer Reduktion auf 40 Stunden würde diese mechanische Rechnung eine Mehrbeschäftigung für 1,5 Millionen Arbeitskräfte erreichbar erscheinen lassen.

Damit sind gewissermaßen die statistischen Möglichkeiten gezeigt, die jedoch nichts über die Durchführbarkeit im einzelnen sagen, sondern höchstens erkennen lassen, daß über diesen Rahmen hinaus von vornherein jede Erörterung gegenstandslos sein würde. Um zu erkennen, was innerhalb dieses Rahmens erreicht werden kann, bedarf es einer Beurteilung der Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf den Produktionsprozeß selbst, vor allem aber auch der regionalen und branchenmäßigen Arbeitsverhältnisse. Das Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, das in den genannten Zahlen zum Ausdruck kommt, erlaubt zwar ein Urteil darüber, wie groß im Durchschnitt des Deutschen Reiches der Beschäftigungsgrad ist, bietet damit aber keine Unterlagen für die praktische Durchführbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen. Tatsächlich ist der Grad der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Teilen des Reiches ganz verschieden. Was nun für die einzelnen Gebiete des Reiches gilt, gilt in noch erhöhtem Maße für die einzelnen Branchen des Wirtschaftslebens. Im allgemeinen kann doch der Ausblick nur innerhalb der einzelnen Branchen vollzogen werden, da der Branchenwechsel in großem Umfang nur bei ungelerten Arbeiter möglich ist. Branchen, die unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart besonders leiden, müßten aber, wenn das Projekt durchführbar sein sollte, Arbeiter oder ungelerte Arbeiter in Branchen abgeben, denen es verhältnismäßig besser geht.

Und wie sieht es nun innerhalb dieses verkleinerten Rahmens aus? Da ergibt sich zunächst, daß die Arbeitszeitverkürzung auf jeden Fall eine Erhöhung der Produktionskosten zur Folge hat. Das Verhältnis zwischen Arbeitsanlauf und effektiver Arbeitszeit wird notwendigerweise um so ungünstiger, je länger die Arbeitszeit ist. Dazu kommt, und das erscheint dem betriebswirtschaftlichen Standpunkt als das Entscheidende, daß das Verhältnis von Kapital und Arbeitskräften in einzelnen Betrieben durchaus verschieden ist. Nur diejenigen Betriebe, die mit relativ wenig Kapital (Maschinen, Apparate usw.) und relativ viel Arbeitskräften arbeiten, können ein: Arbeitszeitverkürzung und eine entsprechende Vermehrung der Arbeitskräfte ohne Minderung des Nutzeffekts des Betriebes durchführen. Überall dort, wo das Anlagekapital eine größere Rolle spielt, entsteht mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung und Mehrbeschäftigung sofort die Frage der Verteilung der Arbeitskräfte auf die Betriebsmittel. Sie ist nach zwei Seiten hin problematisch. Einmal handelt es sich darum, daß in manchen Betrieben die Verwendung der Arbeitskraft nicht kontinuierlich, sondern nur gruppenweise vergrößert werden kann. Das sind Betriebe, in denen gewisse Maschinenanlagen mit den dazu notwendigen Hilfseinrichtungen eine Art Produktionseinheit bilden, die nur als Ganzes stillgelegt oder neu in Betrieb genommen werden kann. Es kommt hinzu, daß stillgelegte Betriebsanlagen technisch oder vom Gesamteffekt des Betriebes gesehen die unrentableren darstellen. Die Streckung würde bedeuten, daß man innerhalb des Gesamtbetriebes den Schwerpunkt der Leistung von rentablen Anlagen auf die weniger rentablen verlegt und so den wirtschaftlichen Effekt des Gesamtbetriebes herabdrückt und seine Kontinuitätsfähigkeit schwächt.

Ministerwechsel in Preußen.

Wenig zurückgetreten. — Severing wieder Innenminister. Berlin, 23. Oktober.

Der preussische Minister des Innern, Dr. Wenig, hat dem preussischen Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Ministerpräsident Dr. Braun hat das Rücktrittsgesuch angenommen. Zum Nachfolger hat er den Reichs- und Staatsminister a. D. Severing ernannt.

Zu dem Rücktritt des preussischen Innenministers, Professor Dr. Wenig, wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß lediglich persönliche Gründe Professor Wenig zu diesem Schritt veranlaßt hätten. Professor Wenig, der aus dem Gelehrtenstand herorgegangen sei, habe, wenig bedauerlich von seiner Tätigkeit in dieser irrenvollen Zeit, den Wunsch gehabt, sich wieder ganz seiner Beibrätigkeit zu widmen.

Die Ernennung Severings zum preussischen Innenminister ist der Öffentlichkeit völlig überraschend gekommen. Selbst innerhalb der preussischen Koalitionsparteien läßt sich nur einige wenige von dem bevorstehenden Ministerwechsel unterrichtet worden zu sein. Wenn auch von zukünftiger preussischer Seite erklärt wird, daß rein persönliche Gründe den bisherigen preussischen Innenminister Professor Dr.



Severing.

Wenig veranlaßt hätten, seinen Rücktritt zu nehmen — er will sich angeblich wieder völlig seinem akademischen Gehamt widmen —, so ist man in allen politischen Lagern doch davon überzeugt, daß sich dahinter ausschließlich politische Gründe verbergen. Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß man in preussischen Regierungskreisen mit politischen Schwierigkeiten rechnet, wie sie sich u. a. durch die von nationalsozialistischen und Stahlhelmsparte angeführten Volksbewegungen ergeben würden und daß der zru-

stliche Ministerpräsident auf dem Posten des preussischen Innenministers einen starken Mann haben wollte. Diese Auffassung wird bestätigt durch eine Bemerkung des „Vorwärts“, der erklärt, daß die Ernennung Carl Severings zum preussischen Innenminister in allen Kreisen als Antwort auf die nationalsozialistischen Diktatur- und Staatsstreichdrohungen aufgefaßt würde. Die Situation erfordere es, heute mehr den Polizeiminister als den Verwaltungsminister an der Spitze des preussischen Innenministeriums zu setzen. Das Blatt will auch erfahren haben, daß gleichfalls ein Wechsel im preussischen Polizeiministerium unumstößlich sei, wobei der derzeitige Polizeiminister für Wiesbaden ausreichen sei, durch den früheren preussischen Innenminister Orzechinski ersetzt werden solle. Diese Meldung wird auch von anderen Blättern gebracht, von zukünftiger preussischer Seite allerdings bemerkt. Auch die „Germania“ glaubt, daß für den Wechsel im preussischen Innenministerium politische Gründe maßgebend gewesen seien und fragt, ob die Streckung Wenigs „durch den starken Einwirkung auf eine Verklärung des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen hinauslaufen“ solle. Was der Personalwechsel politisch bedeuten solle, werde, so meint die „D.Z.“, durch die Person des Nachfolgers vollkommen klargelegt; offenbar sei man an führender Stelle in Preußen und in der Sozialdemokratie der Meinung, daß die gegenwärtigen politischen Spannungen unter Umständen eine härtere Hand erfordern könnten als die des Intellektuellen Wenig. Auch die übrige der preussischen Regierung nachsichtige Berliner Presse läßt kaum einen Zweifel darüber, daß die vom „Vorwärts“ angebeutete politische Arbeit mit dem Wechsel im preussischen Innenministerium verfolgt wird.

Severings Bekenntnis.

Zwei Reden des preussischen Innenministers. Offenbach a. M., 24. Oktober.

Die Sozialdemokratische Partei hielt auf dem Reichsparteitag eine Massenkundgebung ab, in deren Verlauf der neue preussische Innenminister Severing das Wort zu einer Ansprache nahm. Er sagte, es sei zu begrüßen, daß die Sozialdemokratie fünf Wochen nach der Wahl zu neuem Kampf aufreize. „Es ist unsere große Schuld, daß ein Minister, „das wir mit der großen Aufgabe zur Willensbildung der deutschen Wählerschaft ein wenig zu spät aufgefunden sind. Im letzten Wahlkampf habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß im Vordergrund der politischen Arbeit stehen müsse: Arbeitsbeschaffung und Finanzreform. Wie haben die deutschen Wähler diese Aufgabe verkannt! Die Sozialdemokratie will von heute ab den Kampf gegen die sozialen Notlagen organisieren. In der Massen-Sprecherei forderte alle Arbeiter, Republikaner und Gemäßigter auf, den Plänen der Nationalsozialisten ein Ende zu machen. Diese Partei müsse aus dem deutschen Volksleben hinaus, weil sie eine außenpolitische Bedrohung unserer Interessen und eine innerpolitische Bedrohung der Freiheit der Arbeiterklasse sei. Im Anschluß an die Verammlung fand ein großer Demonstrationsumzug statt.

Am Abend sprach Severing in Frankfurt a. M. in einer Massenversammlung. Er erklärte, die Sozialdemokratie sei die Gemäßigtesten der letzten Tage nicht bald enden, dann wollen wir diesen Gemäßigtesten zeigen, — das soll ein Scherz sein — daß physische Kräfte nicht nur bei ihnen vorhanden ist. Wir müssen darauf bedacht sein, in ein erträgliches Verhältnis zu allen Staaten der Welt zu gelangen. Wir wollen gute Deutsche sein. Wir wollen die nationalen Eigenarten des deutschen Volkes pflegen, aber darüber hinaus gute Weltbürger sein.“

Vereinfachung der Verwaltung.

Neueinteilung der preussischen Regierungsbezirke. Berlin, 24. Oktober.

Innerhalb der preussischen Reformen wird seit längerer Zeit der Gedanke einer Vereinfachung der preussischen Verwaltung erörtert, und dabei ist auch der Wegfall von Regierungsbezirken und Landkreisen erwohnen worden.

Nach diesem Vorschlag wird eine Vergrößerung der Aufsichtsbezirke der mittleren Anlauf vorgeschlagen, die die heutigen Verkehrsverhältnisse durchaus erlauben. Es wird darauf hingewiesen, daß die kleinen Bezirke einen verhältnismäßig ungleich höheren Personalaufwand erfordern und deshalb teuer arbeiten als die großen Bezirke. Eine Vergrößerung der Bezirke würde im ganzen eine erhebliche Personalersparnis zur Folge haben, die nicht auf die Personen der Behördenleiter und ihrer Stellvertreter und auch nicht auf die Zahl der höheren Beamten befristet bleiben würde, sondern sich im vielfachen bei dem Büropersonal auswirken würde und damit auch auf den fälligen Verwaltungsansparnis. Es wird vorgeschlagen, für den heutigen preussischen Staatsbereich — außer Groß-Berlin — vorläufig 20 mittlere Verwaltungsbezirke zu schaffen, auf deren Behörden die Verwaltungsaufgaben der heutigen 34 Regierungen, 12 Oberpräsidien und 9 Landesulturrämter zu übertragen sein würden.

Für den Osten,

für Ostpreußen, die Grenzmark und Schlesien werden aus grenzpolitischen Rücksichten wenig Veränderungen vorgenommen. Eine Aufhebung der Regierungen in Regensburg, Rößlin und Straßburg wird allerdings vorgeschlagen. Außerdem wäre auch der Regierungsbezirk Frankfurt a. D. aufzulösen. Der Sitz der Regierung ist Potsdam.

Für Thüringen

wird vor der Reichsreform eine staatsvertragliche Vereinbarung vorgeschlagen, wonach ein Austausch der thüringischen Sonderhoheiten-Frankenhausen gegen die mitten im thüringischen Lande liegenden und mit ihnen verwandten Kreise Siegenau und Schellenberg, einschließlich des heute zu Hessen gehörenden preussischen Kreises Schmalkaden erfolgen soll. Die Regierung in Erfurt soll zur Aufzählung kommen.

In der Provinz Hannover

werden die Regierungsbezirke Stade und Eintracht aufgehoben. Ebenso scheint es als wahrscheinlich richtig, den Regierungsbezirk Aurich aufzuheben und mit dem Bezirk Münster zu verbinden. Dasselbe gilt für den Regierungsbezirk Osnabrück. Auch die Aufhebung der Regierung in Hildesheim wird in Erwägung gezogen. Weiter wird die Regierung in

in Schleswig

aufgehoben und nach Altona verlegt als dem gegebenen wirtschaftlichen und Verkehrsgeographischen preussischen Mittelpunkt für das Unterelbegebiet und Schleswig-Holstein.

Für die Provinz Westfalen

werden die einschneidendsten Änderungen vorgeschlagen, und zwar soll der Regierungsbezirk Minden aufgelöst und der Regierungsbezirk Arnsberg ebenfalls aufgelöst werden, und zwar auf die Bezirke Münster, Düsseldorf, Köln und Raiffeisen.

Im Rheinland

wird vorgeschlagen, die Regierungen in Aachen und Trier unter Vereinfachung mit Köln bzw. Koblenz aufzuheben.

Der Stuttgarter Besuch.

Die Finanzvergleichsverhandlungen mit den Ländern.

Stuttgart, 23. Oktober.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich und Ministerpräsident Dr. Heß trafen in Stuttgart ein. In Begleitung des Reichstanzlers besaß sich der württembergische Gesandte in Berlin, Staatsrat Dr. Boster, und Ministerialrat Bogels. In Begleitung des Finanzministers waren die Ministerialdirektoren Dr. Jarben, Dr. Dorn und Dr. von Krollitz. Die Gäste wurden am Bahnhof von Staatspräsident Dr. Woz, in dessen Begleitung sich Ministerialrat Ciof befand, von Landesfinanzamtspräsident Dr. Pfeiffer und dem bayerischen Gesandten Dr. Fischer empfangen. Im Laufe des Vormittags trafen auch der badische Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmitt, der badische Minister Dr. Wittemann sowie der hessische Finanzminister Dr. Kirmberger mit ihren Beamten hier ein.

Von vormittags 11 Uhr bis 7 Uhr abends fand im Staatsministerium eine Besprechung über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung und seine Auswirkungen auf die Länder und Gemeinden statt. Dabei wurde zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der beteiligten Länder eine weitgehende Übereinkunft erzielt.

Abends fand in den Räumen des Staatsministeriums ein gefälliges Zusammensein in engstem Kreise statt. Der Reichstanzler fuhr abends 9.30 Uhr nach Berlin zurück.

Verhandlungen auch mit Sachsen.

Wie mit den süddeutschen Regierungen, so wird der Reichstanzler sich auch mit der sächsischen Regierung wegen des Finanzausgleichs in Verbindung setzen. Die Aussprache wird in Dresden stattfinden.

Weiterer Steuerrückgang.

Die Einnahmen des Reiches im September.

Berlin, 23. Oktober.

Im September betragen die Reichseinnahmen bei den Besitz- und Verzehrssteuern 332,7 Millionen Mark, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 266,1 Millionen Mark, im ganzen 598,8 Millionen Mark. An veranlagter Einkommensteuer sind aufgenommen 54,2 Millionen, an Körperschaftsteuer 11,5 Millionen, an Umsatzsteuer 25,8 Millionen und an Vermögenssteuer 17,2 Millionen Mark. Das Aufkommen aus den drei erkrankenden Steuern blieb gegen August um 14,2, 13,1 und 11,9 Millionen Mark zurück. Die Zehnteuer brachte im September mit 11,4 Millionen Mark 1,9 Millionen Mark mehr als im August. An Zöllen und Verbrauchsabgaben sind im September insgesamt 266,1 Millionen Mark eingenommen, mithin 15,3 Millionen Mark mehr als im August.

Das Gesamtaufkommen im ersten Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres beträgt 4580,7 Millionen Mark und bleibt um 552,1 Millionen Mark hinter der Hälfte des veranschlagten Jahreshaushaltsolls zurück. Von diesem Minderaufkommen entfallen 297,3 Millionen Mark auf die Besitz- und Verzehrssteuern und 254,8 Millionen Mark auf die Zölle und Verbrauchsabgaben.

Sanierung des bayerischen Haushalts

Der Landtag nimmt den Neuentwurf des Schlachtfestgesetzes an.

München, 24. Oktober.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages ist die Beratung der Sanierungsvorlage der Regierung, die der Ministerpräsident Dr. Heß eingehend mit dem Hinweis auf die dringende Notwendigkeit der Abgleichung des Staatshaushaltes befruchtete, bis zur Beratung der Schlachtfeststeuer fortgesetzt worden.

Der Ministerpräsident hat erklärt, daß bei dem Verlangen anderer Steuermodifikationen nichts anderes übrig geblieben sei, als ans neue die Schlachtfeststeuer vorzuschlagen. Doch seien wesentliche Verbesserungen gegenüber der früheren Vorlage vorgenommen worden. In der Abstimmung wurden die entscheidenden Paragraphen, die sich auf die Schlachtfeststeuer beziehen, mit allen Stimmen bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten und des Bauernbundes angenommen. Die weitere Beratung der Sanierungsvorlage wird fortgesetzt.

In der Begründung zu dem bayerischen Sanierungs-gesetz wird bekanntgegeben, daß der Haushaltsplan mit einem Fehlbetrag von rund 21,8 Millionen Mark abschließt, wozu noch Mehrausgaben für Verlorgerungsbezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen mit rund 2 Millionen Mark treten. Dem Herabwinkeln der Einkommensteuer von 5,8 Millionen Mark gegenüber. Die Schlachtfeststeuer soll im Rechnungsjahr nach einem Ertrag von rund 6 Millionen Mark liefern. Es verbleibt hiernach immer noch ein Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt von 12 Millionen. Die

Regierung schlägt deshalb durch 10prozentige Kürzung der Staatsausgaben und durch Einsparung von einer Million Mark bei den Ausgaben für kirchliche Zwecke eine Gesamteinsparung von 6,4 Millionen Mark vor. Der dann noch ungedeckte Fehlbetrag von 5,6 Millionen Mark soll durch die zu erwartenden Zinsen für die vom Reich geschuldete Postanleihe ausgeglichen werden.

100 Millionen Defizit in Berlin.

Gehaltsabflagen zweifelhaft.

Berlin, 24. Oktober.

Bürgermeister Dr. Scholz befragt mit den Führern der Fraktionen die Finanzlage der Stadt Berlin. Der Bürgermeister erklärte, durch das Ansteigen der Wohnkosten einerseits und die Steuermindereinnahme andererseits werde das derzeitige Defizit insgesamt innerhalb der Kammerverwaltung auf 70 bis 80 Millionen geschätzt. Er fügte hinzu, daß das Defizit sich eher im Laufe des Winters höher auf 100 Millionen erhöhen werde.

Die Ausführungen des Bürgermeisters wurden von Darlegungen des stellvertretenden Stadtkammerers Dr. Lange ergänzt. Er betonte, daß er im Augenblick noch nicht wisse, wo er zum Ultimo zur Gehaltsabflage auf Beamte und Arbeiter die notwendigen 20 Millionen hernehmen, solle, die augenblicklich in der Kasse einfach fehlen. Er könne nur die Hoffnung aussprechen, daß es ihm innerhalb der nächsten Zeit gelingen werde, auf dem Umwege über die Großbanken einen Betrag kurzfristiger Auslands-treide bereinzubekommen.

Landvolk in Not.

Empfang der Landvolkführer beim Reichspräsidenten.

Berlin, 24. Oktober.

Ueber den Empfang der Landvolkführer beim Reichspräsidenten teilen die „Landvolknachrichten“ mit: Die Landvolkführer Dörrie, Gerke und Hepp nahmen Beratungen mit dem Herrn Reichspräsidenten in Gegenwart des Herrn Reichsernährungsministers Scheele über Auffassungen zur augenblicklichen Lage und die Forderungen des Landvolks eingehend darzustellen.

Die genannten Abgeordneten wiesen insbesondere darauf hin, daß, wenn nicht in aller Kürze durchgreifende Maßnahmen von Seiten der Reichsregierung Platz greifen würden, die bereits in der Landbevölkerung vorhandene außerordentliche Benüßigung bis zu einem die Ruhe gefährdenden Ausmaße zwangsläufig gesteigert werden würde.

Da zur Zeit keine Aussicht besteht, daß das Parlament vor Dezember zusammentritt, so forderte die Landvolkführer die Ergreifung außerparlamentarischer Maßnahmen zur Behebung der dringenden Notstände. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß die Ausführungen der Landvolkführer ihren Eindruck auf den Herrn Reichspräsidenten nicht verfehlt haben.

Kalkreuth, Reichslandvolkführer.

Hepp legt sein Amt nieder.

Berlin, 24. Oktober.

Die Pressefeste des Reichslandvolkes teilt mit: Im Verfolg des Austritts des Kalkreuths vom Amt des vorkührenden Präsidenten des Reichslandvolkes trat der Bundesvorsitzende des Reichslandvolkes zur Regelung der Präsidialfrage im Bundeshaushalt zusammen. Nachdem die beiden anderen bisherigen Präsidenten Beilke und Hepp und der vorkührende in das Präsidium eingetretene Freiherr vom Wittenowitz ihre Kandidatur zum Verzicht erklärt hatten, wurden die Kandidaturen der Herren Beilke, Hepp, Graf von Kalkreuth. Zu dem vorkührenden Präsidenten wurde Graf von Kalkreuth gewählt. Präsident Hepp legte daraufhin sein Amt nieder.

Verhandlungen im Metallkonflikt.

Die beiden gegenseitlichen Standpunkte.

Berlin, 24. Oktober.

Die Nachverhandlungen über den Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie wurden vorüberhoben, weil der Reichstanzler den Wunsch hatte, vorher mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über die Konfliktfragen zu sprechen. Er ließ sich dabei über die Ansichten der beiden Parteien unterrichten und gab seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß es im Interesse der wirtschaftlichen und politischen Beruhigung läge, wenn sich die Parteien schnellstens über eine Beilegung des Streits in der Berliner Metallindustrie verständigten.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium wurden unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Memes geführt; der Arbeitgeberverband wurde durch Rechtsanwalt Oppenheim, die Gewerkschaften durch den Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin, Irl, vertreten. Zunächst wurden die Auffassungen der beiden Parteien dargelegt.

Die Arbeitgeber verlangen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches, der einen Lohnabzug von 5 bzw. 10 Prozent vorseht.

Diese Forderung wird mit der Notwendigkeit einer Senkung der Gestehungskosten zur Durchführung eines allgemeinen Preisabbaues begründet.

Die Gewerkschaften lehnen eine Senkung des Reallohnes ab;

sie wollen vielmehr der Regierung die nötige Zeit lassen, erst das Preisreduzierungsprogramm praktisch durchzuführen, und dann, wenn eine fühlbare Senkung der Kleinhandelspreise zu verzeichnen ist, die Frage der Lohnsenkung zur Erörterung stellen. Sie schlagen daher eine kurzfristige Verlängerung des bestehenden Tarifs vor, ferner eine Arbeitszeitverkürzung, um einer größeren Anzahl Arbeitloser Arbeitsgelegenheit zu geben.

Kleine politische Meldungen.

Volksräte von Dirsch bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing den deutschen Volksrat in Moskau, von Dirsch.

Erneute Herabsetzung der Krankenversicherungsbeiträge. Mit Wirkung vom 1. November tritt bei der Berufstätigen des Bundes der maßlichen Handels- und Wirtschaftsstellen eine abermalige Beitragsreduzierung ein.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen in England ist auf 2.188.672 Personen gestiegen. Die Zunahme gegenüber der Vorwoche beträgt 12.481.

Die Indienstsetzungen zum 12. November einberufen. Wie das Ministerium für Indien bekannt gibt, hat der König die Indienstsetzungen zum 12. November nach London einberufen. Die Tagung wird in der königlichen Galerie des Oberhauses abgehalten werden.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 24. Oktober 1930

* Aktuelle Einzelhandelsfragen. In einer erweiterten Sitzung der Einzelhandelsabteilung der Industrie- und Handelskammer zu Halle, an der außer den Mitgliedern der Kammer Gruppe Einzelhandel die Einzelhandelsverbände des Kammerbezirks und die Vertrauenspersonen der Kammer für Textil- und Schuhwaren eingeladen waren, wurden wichtige Einzelhandelsfragen des Kammerbezirks erörtert. Im Mittelpunkt der Aussprache stand die Regelung der Termine für die zukünftigen Saison- und Inventurausverkäufe, sowie die Dauer der einzelnen Verkäufe. Es wurden auch Vorschläge gefaßt gegen die unzulässige Verlängerung der Saison- und Inventurausverkäufe durch sogenannte Sonderveranstaltungen vor Beginn des Ausverkaufstermins oder nach dem offiziellen Abschluß der einzelnen Ausverkäufe. Schließlich wurde noch die Regelung der verkaufsfreien Sonntage vor Weihnachten (2 anstatt der allgemein verlangten 3 Sonntage) besprochen und festgelegt, was bei den Saison- und Inventurausverkäufen in den einzelnen Geschäftszweigen als üblich zu bezeichnen ist.

* Verbot der Zusagestrophe zum Deutschlandlied. Nach einer Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums in Potsdam darf in Zukunft das Deutschlandlied in den Schulen nur in seiner ursprünglichen Form gesungen werden. Die seit mehreren Jahren angehängte 4. Strophe ist also verboten.

* Rundfunk in der Kinderstube. Jetzt wird es Zeit, daß unsere Kinder der Spiele vor der Straße in die Stube verlegen. Bald wird es mit dem Unbehaltlosen im Freien ganz vorüber sein, weil es draußen nun, kalt und unfreundlich ist. Da bietet sich der Rundfunk als ein neuer Spielgefährte an. Er veranstaltet Spiel- und Eingelungen, um den Rundfunk-Kindern Freude und Unterhaltung zu bieten. Jede Sendeleitung hat heute so etwas wie eine Spiel- oder Kindertante, die sich darauf versteht, Anleitungen zu geben, und nur darauf wartet, daß man sie möglichst oft in Anspruch nimmt. Deshalb also, laßt sie nicht vergeblich warten, die Spielante eures Senders, ihr mitteldeutschen Kinder. Verlußt einmal, auch mit jenem neuartigen Spielgefährten anzutreffen, den ihr zwar nicht sehen könnt, dafür aber umso besser hören. Lernen könnt ihr auf jeden Fall etwas dabei, und daran liegt ihr ja doch alle interessiert. Laßt den Rundfunk in eure Kinderstube hinein.

* Der Verein ehem. 11er und 15er Manen hält seine Herbstversammlung am Sonntag, dem 26. Oktober, in Vattin bei Jessen (Eiser) im Lokal des Kameraden G. Schröder ab. Alle Mitglieder des Vereines sowie alle ehem. 11er und 15er Manen, welche dem Verein noch fernstehen, sind zu diesem kameradschaftlichen Treffen herzlich eingeladen.

* Manen, 21. Okt. Nachdem in Deutschland die wegen ihrer Seltenheit unter Naturforschern gefaßten Viber seit etwa 40 Jahren auf der Erde hier und in dem weiteren Europa nicht mehr gesehen worden sind, wurden jetzt wieder fünf Viber sowohl im Strom als auch am Strande beobachtet. Seit dem 13. Oktober hielt sich ein Viber einige Tage der Bürgen unterhalb der Fährbahn auf und ein anderer oberhalb der Kreisfähr Schluß bei Stromkilometer 184. Unterhalb der Fährbahn trat im Hochsommer einer dieser Schlingel, die unter dem Schutze des Staates stehen, schon einmal in Gefahr, von den Schaulustigen eines Schleppdampfers erschlagen zu werden, er ist aber doch mit heiler Haut davon gekommen.

* Seyda. Die letzte Stadtverordneten-Sitzung hatte sich u. a. mit einem Antrag auf Anschaffung einer Staats- und einer Reichsfahne zur Verflagung des Dienstgebäudes des Polizeihauptmannmeisters zu beschäftigen. Ein Stadtverordneter lehnte jedoch den Antrag ab mit der Begründung, daß sich das Dienstgebäude des Politziers in einer Sandgrube befinde und infolgedessen von einer Verflagung doch nichts zu sehen sei. Die Stadtverordneten schloßen sich dieser Auffassung an und lehnten den Antrag ab.

* Dessau. (Aussterben des Biber?) Der Biber, der in Deutschland unter Naturforschern sehr, nimmt leider immer mehr ab. Im Jahre 1929 erag eine Fählung, daß in den Biberolonen an der Elbe zwischen Schweiditz und Müßberg und an der Mulde zwischen Dessau und Bitterfeld 232 Altbiber und 31 Jungbiber leben. Der geringen Vermehrung, die auf die starke Jagd zurückgeführt wird, sucht man durch Schaffung von Biberfarmen zu begegnen, in denen die Tiere aufgezüchtet werden sollen.

* Halle. Kohlenverbilligung? Das Mitteldeutsche Braunkohleninstitut hat Verhandlungen mit den einzelnen Werken aufgenommen, die eine Stellungnahme zu der von der Ruhrkohlenindustrie beschlossenen Preisreduzierungsaktion bezuziehen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

* Halle. Im Kaffeehaus erschossen. Gegen drei Uhr nachts, als fast kein Gast mehr anwesend war, fiel der Freiseur Schulze aus Schmerz auf das Konzertpodium und stürzte sich durch einen Schuß in den Mund. Der Borgang spielte sich so rasch ab, daß niemand ihn an der Ausführung der Tat hindern konnte. Schulze war sofort tot.

* Bitterfeld. 600.000 R-M-Redit. In der Kreisversammlung des Kreises Bitterfeld in Dittau beschloß der Kreisrat zur vorübergehenden Deckung der Wohlfahrtsverwerstlosten die Aufnahme eines Kassenkredits bis zu 600.000 RM, der nötigenfalls auf eine Million RM erhöht werden soll.

* Hartmannsdorf (Dr. Schweiditz). Streifen des Kartoffelbubdler. Eine Schenkung von neun auf sieben Pfennige pro Kiste beantwortet die Kartoffelbubdler des hiesigen Rittergutes mit einem Streif, der zwischen beiden Parteien noch zu seiner Einigung geführt hat. Streifende Feldarbeiter sind im Kreise Schweiditz eine Seltenheit.

* Leibnau. Bei der Hochzeitfeier gestorben. Im benachbarten Drasdo feierte ein Einwohner Hochzeit. Alles war in fröhlicher Stimmung, als der Hofschaffner Hermann Scheibele aus Leibnau, der der Feierlichkeit beizuwohnen, plötzlich einen Schlaganfall erlitt und starb.

* Gera. Naturalien als Unterstützung. Do für den Winter 1930 etatsmäßige Mittel für Unterstützung der Wohlfahrtsverwerstlosten nicht zur Verfügung stehen und auch das Land Thüringen keine Mittel zur Binderung hat

zu erwartenden Not bereitstellt, beabsichtigt das Wohlfahrtsamt, für die Wintermonate Beihilfen in Form von Naturalien zu gewähren. Anfang November wird die erste Verteilung von Kartoffeln an verheiratete ausgediente Erwerbstätige, an verheiratete Wochenunterstützungsempfänger (sowie an alleinstehende mit Familienzuschlag außer ledigen männlichen Personen) erfolgen, und zwar pro Unterstützungsempfänger ein Zentner. Für die zweite Verteilung Anfang Dezember sind je zwei Zentner Britlets vorgezogen.

Berlin. Sich selbst die Kehle durchgeschnitten. Auf dem Laubgrundstück Lindenallee Straße 6a nahe dem Hochbahnhof Gleisdreieck wurde ein 56 Jahre alter Hochbahnarbeiter tot aufgefunden. Er hatte sich selbst die Kehle durchgeschnitten. Der Grund für diese traurige Tat ist vorläufig unbekannt.

Berlin. Eigenartiger Unfall. Der 14jährige Schüler Hoffe aus Wilmersdorf kam mit seinem Fahrrad über dem Eis der Anhalterbahn in Oberschöneweide zu Fall. Einer seiner Ellbogen klemmte sich in die Rille einer Schiene, daß es der herbeigerufenen Feuerwehr erst nach dreiviertelstündiger Arbeit, nachdem die Schiene an zwei Stellen durchgehewicht worden war, gelang, den Knaben aus seiner qualvollen Lage zu befreien. Er mußte mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus übergeführt werden.

Flatow. 13 Monate Zuchthaus wegen Blutlischande. Das erweiterte Schöffengericht Schneidemühl verurteilte den Räuber Johann O. aus Seedorf wegen Blutschande und Bornahme unzüchtiger Handlungen an Personen unter 14 Jahren zu 13 Monaten Zuchthaus. Der Angeklagte, der gefählig ist, hatte sich seit dem Sommer 1928 fortgesetzt an seiner jetzt 16jährigen Tochter vergangen.

Schlohan. 40000 Mark Fehlspeisung. Infolge der irdnägigen Grenzziehung befinden sich die Kreisstädte an der deutsch-polnischen Grenze in außerordentlicher Notlage. In der letzten Stadterordnetenitzung der Kreisstadt Schlohan machte der stellvertretende Bürgermeister Mitteilungen über die Finanzlage der Stadt, wonach trotz der Streichung von 38000 Mark aus dem Haushalt für das laufende Haushaltsjahr mit rund 40000 Mark Fehlspeisung zu rechnen ist. Die Zahl der Wohlfahrtsamerksolen in der kleinen Kreisstadt wird allein auf über 100 in diesem Winter geschätzt.

10 Jahre Schützenhaus-Dichtspiele.

Ein Jahrzehnt ist vorüber, seitdem es der Besitzer des Schützenhauses, Herr Karl Fröhnel jun., gewagt hat, in Remberg ein ständiges Dichtspiel-Theater einzurichten, das allwöchentlich ein neues Programm bringt. Es war damals etwas ganz Neues für Remberg, das aber mit ganzer Kraft in Angriff genommen und auch gemeistert wurde. Und mit Genugtuung können wir feststellen, daß es der rührige Besitzer emdadelt hat, uns Rembergern auch die neuesten und besten Fälmischöpfungen zu zeigen, die in Deutschland entstehen, oft zur gleichen Zeit mit namhaften Großstädten. Wie im menschlichen Leben überhaupt, so

stellten sich auch hier Verdrüsslichkeiten ein. die gegenwärtige katastrophale Wirtschaftslage drückt der Belustigung den Stempel auf, jedoch manchmal die Arbeitsfreude zu erlahmen drohte. Mit frohem Mut wurde es aber immer wieder geschafft. Wir wünschen dem Unternehmen, das vielen schon recht unterhaltliche Stunden bereitet hat, ein weiteres Gelingen und Gedeihen.

Für die Jubiläums-Vorstellung kommt auf vielseitigen Wunsch „Das indische Grabmal“ in vollständig neuer Bearbeitung zur Vorführung. Außerdem zeigt der Kraftmensch Barus noch einmal seine phänomenalen Leistungen. Wir verneigen ganz besonders auf die Anzeige in heutiger Nummer. Den Besuch der Jubiläumsvorstellung sollte sich jeder Kinofreund zur Pflicht machen.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 26. Oktober (19. nach Trinitatis).
Kollekte für das Hainstein-Jugendwerk.
Remberg.
Vorm. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst
Kandidat Möller aus Nachh (Prüfungspredigt.)
Gommla.
Vorm. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrer Ahmus.
Kotta.
Vorm. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst
Anschließend Kindergottesdienst.

Schneller - besser - billiger

geht das Spülen und Putzen in jedem Haushalt mit **IMI** Henkel's neuem Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel.

IMI erleichtert Ihnen alle Spül- und Putzarbeit. Überraschend schnell und gründlich löst es die dicksten Fettschichten und den hartnäckigsten Schmutz, ohne die Gegenstände anzugreifen. Strahlender Glanz und appetitliche Frische verleiht es allen Haus- und Küchengeräten.

IMI ist überaus sparsam im Gebrauch. 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = 1 Eimer genügt schon, um diese fabelhafte Reinigungskraft zu erzeugen. **IMI** kostet nur 25 Pfennige und ist überall erhältlich.



Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel

für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Perillwerken

Kartoffelstoppel-Verpachtung.

Montag, den 27. Oktober, nachm. 1 Uhr werden die Kartoffelstoppeln verpachtet. Zutritt am Sonntag.

Gutsverwaltung Meuro

Wir
reinigen u. färben
Damen- u. Herrengarderobe

Wir waschen
Kragen u. Oberhemden, Haushaltswäsche
in bekannt guter Ausführung

Plissebrennerei
Vereinigte Färbereien u. Wäschereien
Mauersberger, Galgenberg, Union, Giesert G.m.b.H., Halle

Filiale:
Wittenberg, Collegienstrasse 81
Fernruf 2774

Öffentlicher Dank!

Kopfschmerzen Zeile Ihnen ergeht mit, daß ich durch Ihr köstliches Kräuter-Pulver meine Kopfschmerzen und Rheumatismus voll und ganz verloren habe. Ich bin ein gesunder Mensch geworden, wofür ich Ihnen herzlich danke. Frau A. Heinke, Wegau, Kreuzgasse 9, am 7. Juli 1930.

Das indische Kräuter-Pulver besteht aus 19 verschiedenen meist indischen Kräutern. Diese sind getrocknet und fein gemahlen. Es wirkt: mögenkräftend, beruhigend, ausgleichend, was zahlreiche Genehnde betätigen. Schachtel 3,- Mm. Vorzüglich in der Apotheke in Remberg und auch in Ihrer nächsten Apotheke.

Im Sonntag, den 26. Okt., nachm. 2 Uhr soll auf meinem Waldplan (Markt Kunzwick) **Nadelstreue** in Kadeln öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Wwe. Behse, Dorna

Zum Sonnabend u. Sonntag

empfehle
Windbeutel mit Schlagjahne
Quart- und Mohnküchen
Bienenstich, Streufestküchen
Sandtorte, Königsstücken
Pflundergebäck, gef. Hörnchen
Speckstücken
ff. gefüllt. Pfannkuchen
sowie Kaffee- und Teegebäck
O. Herrmann, Bäckerei

Neue Konserven

zu herabgelegten Preisen
empfehle
Rudolf Huhn

Empfehle prima junges fettes

Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch
Kasseler Rippespeer
Nohen Schinken
Kaiserjagdwurst, Mortadella
div. Aufschnitt
Alle Sorten Wurst
Wiener Würstchen, Bodwurst
Breslauer

5 Stück Ferkel

hat abzugeben
Wilhelm Heinrich
Speisekürbisse
vorzüglich zum Einmachen
verkauft
Franz Panzier, am Neumühlentweg

Empfehle prima fettes Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch

Kasseler Rippespeer
ff. Fleisch-Salat
Irische Sülze
div. Aufschnitt
Kaiserjagdwurst, Mortadella
Wiener Würstchen
Würstchen in Dosen
Bockwurst und Breslauer
H. Krausemann Nachf.
Zuh. Heinrich Schneider
Zur jetzigen Pflanzenzeit empfehle
Obstbäume, Beerensträucher
Rosen

Fr. Scheffler, Baumschulen
Brandhorst-Dranienbaum
Geschäfts- u. Beamtentredite,
Hypotheken, Grundstücks- An- und Verkäufe durch Interessengemeinschaft. Näheres durch:
Adolf Meth,
Wittenberger Straße 24

Frisches Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch

Kasseler Rippespeer
rohen und gekochten Schinken
frische Bratwurst
Wiener Würstchen, ff. Bodwurst
sowie alle Sorten Wurstwaren
frisch und gekühlt
ferner jeden Freitag
frische Blutwurst
à Pfund 60 Pfg.

empfehle
Ewald Ballmann
Fischmehl
Futterkalk
Lebertran
Osteosan
empfehle
Rudolf Huhn

Unreines Gesicht
Pickel, Mitesser werden unter Garantie durch
VENUS (Stärke A) beseitigt.
Preis Mk. 2.75. Gegen
Sommerprossen
(Stärke B) Preis M. 2.75.
Löwen-Apotheke

Volkswohl-Lose

Ziehung: 11. bis 18. November 1930
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Reine Gänsefedern gewaschen
zu Fabrikpreisen. füllfertig
Echtrote erprobte Inletts. Verlangen Sie Muster.
Bettfedern-Reinigung Pfund 30 - 40 Pfg.
Sofortige Fertigstellung, auch in Ihrem Beisein, kostenlos Beförderung.
Postkarte genügt.
Bettfedernfabrik Webwarenhaus
Wittenberg, Bürgermeisterstr. 3, Telef. 3295
Bei Einkauf von 50,- RM. ab Fahrvergütung.

Hotel „Blauer Hecht“

Sonntag, abends 8 1/2 Uhr

Und wieder ein großer Doppelspielplan!

Der beliebteste und brillanteste Sportsmann ist wieder einmal da. **Richard Talmadge**, der beste Akrobat des Filmes in seinem neuesten Sensationsabenteuer

Die geheimnisvolle Stunde

Ein aus dem Leben gegriffener Großfilm

So ist das Leben

(Muß es so sein?)

Reuden

Der **Krieger- und Militär-Verein** veranstaltet am Sonntag, den 26. Oktober, abends von 7 Uhr an ein

Kränzchen

von nachmittags 2 Uhr an
Preisschießen

wozu Freunde des Sports herzlich eingeladen werden.
Der Vorstand.

Reise-Koffer

in verschiedenen Größen und Ausführungen
Richard Arnold, Leipziger Straße

Inlette

federdichte ..
Qualitäten ..

Bettfedern

füllfertige, doppel gereinigte
und gewaschene Ware ..

Preise ermäßigt!

Wilhelm Weydanz

Rundfunk-Zeitungen

Die Sendung / Deutsche Welle / Funtpost

Illustrierte Zeitungen

Deutsche, Berliner und Münchener

Unterhaltungs-Zeitschriften

Die Woche / Das Magazin

Revue des Monats / Wahre Romane

Neueste Nummern
einzeln sowie im Abonnement erhältlich bei

Richard Arnold, Buch- u. Papierhandlung
Leipziger Straße 64/65

Ich halte am

1., 3. und 5. Mittwoch jeden Monats,
erstmalig am 29. 10. 1930, vorm. von 9—1 Uhr im **Ratskeller** in Kemberg

Sprechstunden

ab.

Reisener, Rechtsanwalt

10
Jahre

Schützenhaus Lichtspiele

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens unseres Theaters veranstalten wir

Freitag und Sonntag abends halb 9 Uhr

eine

Fest-Vorstellung.

Jahrelangen Wünschen aus den Reihen unserer werten Besucher nachzukommen, haben wir uns entschlossen, zu genannten Tagen nochmals den gewaltigen

Monumental-Prunkfilm

„Das indische Grabmal“

in vollkommen neuer Fassung zu zeigen.

Der Welt größter Film von Joe May nach dem berühmten Roman von Thea von Harbou soll nun auch der jetzigen jungen Generation, denen es damals nicht gestattet war dies Prachtwerk zu sehen, Gelegenheit gegeben werden, diesen gewaltigen Film zu bewundern.

Niemand darf dieses Ereignis versäumen! Muß jeder sehen!

Gutgewähltes Beiprogramm.

Als Extra-Einlage persönlich auf der Bühne „**Eisenkönig Barus**“ mit seinem vollkommen neuen Sensationsprogramm.

Trotz großer Kosten 1. Platz 1.00 Mk. 2. Platz 80 Pfg.

Jeder Besucher erhält einen Gutschein über 30 Pfg. für die nächste Vorstellung.

Sonntag nachmittag 3 Uhr: Kinder-Vorstellung Eintritt 30 Pfg.

Einen Lehrling

sucht sofort
Fleischermstr. Boas, Raditz



Bund der Frontsoldaten
Freitag, den 24. Oktober,
abends 7,9 Uhr im „**Bainbaum**“

Bersammlung

(Bericht über den 11. Reichsfrontsoldatentag in Coblenz.)

Erscheinen aller Kameraden erwünscht
Der Ortsgruppenführer

Vaterländ. Frauenverein

der **Parochie Rotta**
Sonntag, den 26. Oktober, nachm. 2 Uhr bei **Mertex-Gniet**

Bersammlung

Die Vorkisende.

Waldhaus Niemitz.

Sonntag, den 26. Oktober

Einweihung

meiner neu eingerichteten Gaststätten.
Empfehle hierzu:

Kaffee und Kuchen

sowie
Küche u. Keller bieten das Beste
Es ladet freundlich ein **Frau Gehner**
Auto-Fendelverehr (Matthsch)

Verein Eintracht

Ateritz.

Sonntag, den 26. Oktober, nachm. von 2 Uhr an

Preis-Regeln

wozu freundlich einladet

Der Vorstand

Schnellin

Sonntag, den 26. Oktober,

Tanzkränzchen

Anfang 7 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Wirtin

Gniet

Sonntag, den 26. Oktober, von abends 7 Uhr an

Tanzmusik

wozu freundl. einladet **Otto Mertex**



Sonntag, den 26. Oktober, nachm. 3 Uhr auf dem Sportplatz

Großer Fußball-Revanche-Kampf

Sportklub Breetin — M.-L.-B. Kemberg



Goldene Weintraube

Sonntag, den 26. Oktober, von nachm. 5 Uhr ab

Ballmusik

Um gütigen Zuspruch bittet **Erich Schüze**

Hotel „Blauer Hecht“ zu Kemberg

Donnerstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr
Gastspiel des Stadttheaters Wittenberg

„Das Weib im Purpur“

Große Ausstattungs-Operette in 3 Akten von **Leopold Jacobson** und **Rudolf Ofterreicher**.

Musik von **Jean Gilbert**. Wiederauftreten von **Mizzi Durst** und **Genit Fißcher**. In den übrigen Hauptrollen: **Ana Kniep**, **Annemarie Dentschel**, **Ive Becker**, **Franz Stenger**, **Hans Kiesler**.

Stadtappelle Wittenberg. Regie: **Ive Becker**

Bretze der Plätze: 1.50, 1.— und —.60 RM.

Vorverkauf: Buchdruckerei Arnold.

Es wird höflich gebeten, Karten schon im Vorverkauf zu entnehmen.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke, die uns zu unserer Vermählung dargebracht wurden, sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.

Rotta, den 22. Oktober 1930

Erich Werner und Frau
Maria geb. Stein.

Zahle
bargeldlos
durch
Druck
Girokasse



Stadtparkasse Kemberg

täglich von 8 bis 12 Uhr geöffnet

Dynamit- oder Kohlenstaubexplosion?

Bericht der Untersuchungskommission.

Alsdorf, 24. Oktober.

Der Unfallauschuss der Grubenberufsgenossenschaft des Oberbergamtes Bonn teilt mit: Der Unfallauschuss hat am 22. Oktober in Anwesenheit von Vertretern des Grubenfeldes (samt Berlin, des Oberbergamtes Bonn und der zuständigen Bergverwaltungsämter) die Hauptursachen der Sachverursachung der Hauptrettungsstelle Essen und der Verursachung der Verunglückten in der Grube Anna II befragt. Im Anschluss an die Befragung fand eine Zeugenvernehmung und eingehende Beratung statt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt.

Festliegt, dass die Sprengstofflager auf sämtlichen Sohlen der Grube in Ordnung sind. Die zunächst angenommene Explosion eines Sprengstofflagers scheidet somit als Ursache des Unglücks aus. Soweit weiterer festgestellt werden konnte, ist auch an dem Unfallort keine Sprengstofftransporte in die Grube hinein erfolgt. Bei der Befragung der Grube sind bisher Anzeichen einer Kohlenstaubexplosion unter Tage nicht ermittelt worden.

Bisher 248 Tote geboren.

Da nunmehr sämtliche Strecken freigelegt sind, wurden die Bergungs- und Aufräumungsarbeiten für einige Stunden eingeleitet.

Die Zahl der bisher geborenen Toten beträgt insgesamt 248. 19 davon sind bei dem Einsturz des Fördersturms und des Verwallungsgebäudes ums Leben gekommen, vier sind in Krankenhäusern gestorben und 225 wurden tot aus dem Schacht zutage gefördert. Ob noch Bergleute im Schacht sind, lässt sich zurzeit nicht feststellen, da von 225 aus dem Schacht geförderten Toten nur 60 identifiziert worden sind.

Ein Bericht, dass eine Rettungsstolone, bestehend aus einem Eisiger und 20 Mann, durch einen Zusammenbruch von Stollen verhängt und von der Ausbeute abgeschnitten sei, wird von der Zeitung ausdrücklich demontiert.

Die Untersuchung der Grubenkatastrophe

Alsdorf, 24. Oktober.

Der Unfallauschuss geht gestern seine Untersuchungen fort. Weitere von der Explosion erfasste Geleirerwerke wurden befragt. Auch in diesen Reviere konnten die Ursprungserbe der Explosion nicht festgestellt werden. Während nach gestern angenommen werden konnte, dass eine Benzol- oder Benzolexplosion als Ursache anzunehmen wäre, scheidet auf Grund des Ergebnisses der fortschreitenden Aufräumungsarbeiten über Tage diese Annahme aus, weil alle Behälter unverletzt vorgefunden wurden. Im Interesse der beschleunigten, reiblosen Ausräumung der Grube der Explosion ist es als erforderlich bezeichnet worden, dass alle Reviere, die über Tage irgendetwas Wasserentwässerungen über den Explosionsort gemacht haben, sich unverzüglich beim Bergmeisteramt in Alsdorf melden.

Im der Unglücksstätte

Die Bergungsarbeiten gestalten sich in ihrem letzten Stadium äußerst mühsam, obwohl mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet wird, um die letzten noch Verbliebenen aus der Grube herauszuholen. Es ist bekannt, dass die Grube des Unglücks und der langsam fortschreitende Beilegung der letzten Schicht bei der draußen harrenden Menge Nervosität und Erregung hervorruft. Am benachbarten Nachen stehen in allen Straßen die Flaggen auf Halbmaße. Auch Alsdorf gibt an diese Weise seiner Trauer Ausdruck. Und wieder kommt ein Wagen, mit Tannengrün geschmückt, durch das Bergdorf. Am Verwaltungsgelände ist man eifrig damit beschäftigt, die Trümmer zu heben, eine Arbeit, die noch Tage erfordern wird. Am Gemeindefestsaal betätigen Beilegungsbereitschaften über die Katastrophe. Auf der Dorfstraße hatten die Rettungsmannschaften zu neuer Arbeit. An einem Schalter der Grube wurden von den Angehörigen die noch Verbliebenen gemeldet. Zahlen schwanken durch die Luft. Raum sind die 250 Opfer bestätigt, so wird schon von 270 gesprochen. Die Trümmer der Grube, Seher Angehörige möchte Gemüht über die Seiner haben, die vorläufig in vielen Fällen noch nicht zu erlangen ist.

Kommunale Demonstration

Gestern abend um 6 Uhr hatten sich einige hundert Kommunisten auf dem hiesigen Marktplatz zu der angeführten Kundgebung versammelt, um ihrer Missbilligung über die Maßnahmen vor und nach der Alsdorfer Grubenkatastrophe Ausdruck zu geben. Landtagsabgeordneter Sobottka hielt eine Rede, in der er die bekannten Vorwürfe gegen die Verwaltung des Grubenfeldes bekräftigte und die Bergbehörden und ein Mitglied der Grubenberufsgenossenschaft erhob. Der zweifelhafte Rede war ein Vorwurf zu einer Verleumdung gegen die Bergverwaltung der Opfer am kommenden Sonntagabend. Nach der Kundgebung zogen die Kommunisten mit ihren Fahnen singend ab. Als der Zug in die Lachener Straße einmündete, in der sich das Verwaltungsgebäude des Grubenfeldes befindet, versuchte ein Polizeiaufgebot, den Zug aufzulösen. Schließlich gelang es, die Kommunisten, die sich in heiligen Hüfen und Nieder-Außen gegen die Politik erhoben, in eine Nebenstraße abzulenkten. Es zogen zur Unglücksstätte Nummer 2. Dort wurden wieder Neben gehalten, u. a. sprach ein Vertreter der französischen Arbeiterfront. Zu weiteren Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Sächsisches Beileid

Dresden, 24. Oktober.

Ministerpräsident Schiele hat der Preussischen Regierung telegraphisch die Anteilnahme der Sächsischen Regierung am Grubenunglück in Alsdorf ausgesprochen.

Trauerkundgebung des Reichsrats

Berlin, 24. Oktober.

Die Sitzung des Reichsrats am Donnerstag wurde mit einer Trauerkundgebung für die Opfer des Lachener Unglücks eingeleitet. Der Reichsrats-Vorsitzende Herr Dr. Wirth, gab der Trauer des Reichsrats über die furchtbare Katastrophe Ausdruck.

Der Reichsrat stimmt dann den vom Reichstag angenommenen Beileidsworten über die Schuldentilgung endgültig

zu, ebenso der Ergänzung zum Herbstabkommen mit Finnland. Auch bezüglich der vom Reichstag beschlossenen Annahme wurde gegen die Stimmen der Fraktionen Jellinek, Reiter und Sackhen von der Eintragung eines Einpruches abgesehen.

Das Rettungswerk — Lähmende Ungewissheit

Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ist das Rettungswerk wieder aufgenommen worden. Insgesamt sind nunmehr 250 Tote geboren. Zwei Leichen wurden unter den Trümmern des Schachtgerüsts gefunden. Man glaubt nicht, dass noch weitere Tote im verfallenen Betrieb liegen; dagegen ist es noch immer sehr wahrscheinlich, dass unter den Trümmern des Fördersturms Tote zu finden sind. Man hat daher gerade an dieser Stelle starke Arbeitskolonnen eingesetzt, die mit dem Fortschaffen der Trümmer beschäftigt sind.

Die Arbeit geht verhältnismäßig langsam vorwärts, da wegen der zu vermeidenden Toten die Gerüstpläne sehr vorsichtig hinweggeschafft werden müssen. Zudem müssen die eifrigsten Träger des Fördersturms gerettet für sich auszuhandeln. Diese Lähmende Ungewissheit wirkt bei den Angehörigen furchtbar niederstimmend. Verkündet ist, dass unter diesen Umständen die künftigen Gerichte in Alsdorf umgeschworen.

Die Bevölkerung Alsdorfs ist noch immer in großer Aufregung, die noch dadurch gesteigert wird, dass es bisher nicht möglich war, eine Liste der Toten herauszugeben bzw. überhaupt die genaue Zahl der bisher noch Vermissten anzugeben. Diese lähmende Ungewissheit wirkt bei den Angehörigen furchtbar niederstimmend. Verkündet ist, dass unter diesen Umständen die künftigen Gerichte in Alsdorf umgeschworen.

Große Erregung in Alsdorf.

In dem Bergmannsdorf Alsdorf steigt die Erregung der Bevölkerung um einige Stunden, zumal bisher noch keine eigentliche Ursache des Grubenunglücks bekannt ist. Es ist verständlich, dass unter diesen Umständen in der Bevölkerung selbst die wildsten Gerüchte umhergeschwoben. So spricht man schon von einem Verbrechen der Bergwerksdirektion.

Die Kommunisten nützen die erregte Stimmung der Bevölkerung für parteipolitische Zwecke aus. Sie haben bereits eine große Protestkundgebung angeführt. Aus diesen Gründen sind die Polizeikräfte in Alsdorf vergrößert worden, um Ausschreitungen zu verhindern.

Noch immer umfassen hunderte von Leuten, die nach heute Nachricht von ihren vermissten Angehörigen erhalten haben, den Eingang zum Verwaltungsgebäude. Am Vormittag wurden zum erstenmal die Angehörigen der Toten in die Leichenhalle geführt, wo sich herzerregende Szenen abspielten.

Doch hört man in all dem Elend auch von Glückfällen. So zum Beispiel von dem Bergmann Kaspar Güntersfeld. Der kleine Knabe hat in der Katastrophe nicht mit, die direkt bei der Unglücksstelle liegt. Man fand ihn in der Grube gefunden und bemerkt auf die Bahre gelegt. Die Sanitäter hielten ihn für tot und brachten ihn nach oben, wo man ihn auf den Hof zwischen drei oder vier Leichen legte. Als man dann die Leichen näher ansah, bemerkte man, dass Güntersfeld noch Lebendigen von sich gab. Es ist nicht richtig, wie von anderer Seite behauptet wurde, dass er bereits in der Leichenhalle gewesen sei.

Beileidskundgebungen.

Der englische Botschafter in Berlin hat im persönlichen Auftrage des Königs von England seinen Beileid zu der trübsamen Grubenkatastrophe in Alsdorf ausgesprochen. Des weiteren sind von der französischen und holländischen Regierung und der Regierung der europäischen Staaten, ferner aus Westindien und Kanada und fast allen Ländern Lateinamerikas das Mitleidspindeln der Völker zum Ausdruck gebracht worden.

Im Bayerischen Landtag gedachte der Vorsitzende in bewegten Worten der Opfer von Alsdorf; außerdem haben die Mehrzahl der deutschen Städte und viele Gemeinderäte im Auslande Beileidstelegramme überliefert.

Im Auftrage des Saarbrücker Landrats hat dessen Präsident Scheuer folgendes Telegramm an den Betriebsrat des Wilhelm-Schachtes gerichtet: „Die gewählte politische Vertretung, der Landrat des Saargebietes, bittet Sie, den Betroffenen der größten Katastrophe des Wilhelm-Schachtes herzlichstes Beileid auszusprechen zu wollen.“

Ebenso hat der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken an den Schmelzer Bergwerksverein und den Oberbürgermeister von Aachen ein Telegramm gerichtet, in dem er für die Stadt Saarbrücken den Ausdruck herzlichster Anteilnahme an dem schmerzlichen Unglück übermittelt.

Die Tagung des Beamtenbundes.

Reben Löbes und Wirths. Berlin, 24. Oktober.

Die Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes wurde vom Vorsitzenden Flügel mit einer längeren Rede eingeleitet, in der er eine Sonderbestellung der Beamten im Rahmen des Wirtschaftsjahres und Finanzplanes der Reichsregierung ablehnte.

Reichstagspräsident Löbe

wies darauf hin, dass auch die Beamtenführung die allgemeine Not des Volkes mittragen müsse. Dabei stellte er drei Forderungen auf: 1. Keine Ausnahmebestellung anderen gleichgestellten Schichten gegenüber, 2. Gerechtigkeit in der Aufteilung der Opfer des Beamtenbundes, 3. Schutz der unteren Schichten des Beamtenbundes. Nachdem Staatssekretär Wirths in einem kurzen Bericht der preussischen Staatsregierung überbracht hat, hielt Reichstagspräsident Löbe ein feierliches Wort über „Der Weltfrieden und die Probleme der Unternehmungsgebarung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse“. Darauf sprach

Reichsinnenminister Dr. Birk

über „Das deutsche Berufsbeamtenamt im Volksstaat der Gegenwart“. Er erklärte, die Reichsregierung habe am Berufsbeamtenamt fest und lebe in ihm ihre Hauptstütze und einen treuen Verbündeten. Die Urkunden der starken Welle

des Radikalismus, die durch das deutsche Volk gehe, lägen nicht nur auf wirtschaftspolitischen Gebieten. Auch ein arbeitsunfähiges Parlament werde heute ohne weiteres zu einem Schrittmacher der radikalen Entwicklung. Die Reichsregierung sei aus dem Schaden fremder Regierungen flug geworden und bemühe sich mit großer Energie und auch mit Erfolg, die Autorität der zur Führung berufenen Instanzen zu stärken und zu sichern. Der Radikalismus lauwere nur darauf, daß die heutige demokratische Staatsverfassung in ihrem Willen unflüchtig werde und Augenblicke der Schwäche zeige.

Die unter allen Umständen Inzuredenen könnten von einer schicksalhaften Diktatur nichts gewinnen, denn diese Diktatur kenne die Würde der politischen Persönlichkeit, auf die auch jeder Beamte höchsten Wert lege. Die Regierung liege fest auf ihrem Platz und werde sich nicht scheuen, mit allen verfassungsrechtlichen Mitteln die Feinde des heutigen Staates niederzulegen.

Zu ihrem Bedauern sei sie jedoch heute gezwungen, der Beamtenchaft Voten aufzuerlegen. Der systematische Aufbau des deutschen Beamtenrechtes müsse dem Beamtentum gewährt werden. Zum Schluß sprach Dr. Birk dem deutschen Berufsbeamtentum die volle Anerkennung der Reichsregierung dafür aus, daß es sich trotz aller Angriffe und Feindseligkeiten noch seinen Augenblick vom Wege ruhiger Pflichtenbefolgung habe abbringen lassen.

Der Vorsitzende Flügel dankte dem Minister und erklärte, die Beamtenchaft hätte gewünscht, daß diese klugen und mutigen Worte früher gesprochen worden wären.

Anzufriedenheit mit Baldwin.

Vor einer Spaltung der Konventionen. London, 23. Oktober.

Die Anzufriedenheit mit Baldwin's zurückhaltender Politik in der Frage eines allgemeinen Schutzollars hat erneut zu einer Revolle in den konservativen Reihen geführt. Bisher haben fünfzig Abgeordnete eine Resolution unterzeichnet, in der sie eine Sonderberufung der konservativen Vertreter im Reich und Antrags verlangen, um sich über eine gemeinsame neue Politik zu einigen. Die Unterzeichner der Resolution erklärten, daß sie diese als endgültiges Ultimatum ansehen. Baldwin hatte sich in seinen Erklärungen auf die Anknüpfung eines Zolltariffs beschränkt, dem dann weitere Verhandlungen über das Zollsystem folgen sollten, während er für Weizen und andere Waren sich um den Quotenystem betannte. Das jetzt auch von der Arbeiterregierung mit dem Dominien beproben wird.

Englands Palästina-Politik.

Große Änderungen in der Zionistenbewegung. London, 23. Oktober.

Die Einwandererperre für Juden nach Palästina, die eine neue Wendung in der englischen Palästina-Politik anfindet, wird in ihren praktischen Auswirkungen ernstlich und nach fühlbar werden. Ihre ersten Folgen zeigen sich darin, daß eine Reihe von führenden Persönlichkeiten der in Palästina wirkenden Organisationen zurückgetreten sind. Auf Dr. Weismann ist das englische Mitglied des Verwaltungsrates der Jewish Agency, Lord Hildesheim, zurückgetreten mit der Begründung, daß die englische Regierung über den Juden nachgegebenen Verlangen geschwehen und den jüdischen Kapital betrogen habe. Ebenso hat der amerikanische Bankier Warburg sein Amt im Verwaltungsrat der Jewish Agency niedergelegt. Die englische Abteilung des zionistischen Verbandes hat eine Protestresolution dagegen erlassen, daß durch die Maßnahmen der Arbeiterregierung die Schaffung einer nationalen Heimat für die Juden vereitelt werde.

Waltstreet für ein Moratorium.

Staat Bewegung für Kriegsschuldenermission. New York, 23. Oktober.

Während Präsident Hoover, Staatssekretär Stimson und Schatzminister Mellon einem Moratorium für Deutschland stark ablehnend gegenüberstehen, liegt sich in Waltstreet-Ären wegen der amerikanischen Kapitalanlagen in Deutschland in Höhe von 2½ Milliarden Dollar immer mehr die Bewegung gegen, daß ein Moratorium nicht länger hinausgeschoben werden könne.

Den Standpunkt der Waltstreet habe der Gouverneur der New York Federal Reserve-Bank, Harrison, in einer Unterredung mit Präsident Hoover nachdrücklich vertreten. Er habe gleichzeitig die Forderung erhoben, daß die Regierung ihre bisherige ablehnende Haltung in der Frage einer Verpöpfung der Reparationszahlungen mit der Rückzahlung der interalliierten Kriegsschulden einer Revision unterziehen müsse.

Amerika zur Revisionstrage

Washington, 24. Oktober.

Uebereinstimmend mit dem von uns gemeldeten Demetri Dr. Schachts, der vor seiner Abreise nach New York ausdrücklich betonte, die Reparationsfrage hier nicht erledigt zu haben, gibt das Schachamt folgende Erklärung aus: „Das Schachamt hatte keine offiziellen Besprechungen, weder mit offiziellen, noch mit inoffiziellen Vertretern fremder Staaten über die Revision der deutschen Schulden an Amerika, und von seiner Seite sind dem Schachamt Anregungen zur Revision der Schuldentilgung mit den alliierten Regierungen zugegangen.“

„States Daily“, das hiesige Organ für amtliche Kundmachungen, fügt diese Erklärung hinzu, man betrachte Reparationen und alliierte Kriegsschulden nach wie vor als streng getrennt und halte an dem Standpunkt fest, daß die Bezahlung der letzteren nicht von der Erfüllung der ersteren abhängt. In ähnlichem Sinne äußert sich ein inspiriertes Leitartikel der „Washington Post“ der u. a. mit Rücksicht auf die gegenwärtig hier herrschende Depression an die bereit von Hoover betonte Notwendigkeit erinnert, einen Teil der alliierten Schuldentilgung zur Bilanzierung des Budgets zu verwenden.

Die Weberkarde.

Von Landwirtschaftsrat a. D. Groß.
(Mit Abbildung.)

Nördlich der Donau, zwischen Deggendorf und Bilsbosen, treiben die Bauern in sechs Gemeinden eine seltene Kultur, die der Weberkarde. Je nach der Nachfrage, die bekanntlich den Preis regelt, werden die Anbauflächen vergrößert oder herabgesetzt. Hören wir kurz, wie sich der Anbau innerhalb eines Jahres abspielt.

Ist der Boden abgetrocknet, so sät man von Mitte März bis Anfang April auf einen besonderen Bodenstück im Freien den feinen Samen aus; je früher die Aussaat erfolgt und je besser das Saatbeet vorbereitet ist, desto schöner werden die Pflanzen zum Aussetzen. Nach der Hauptgetreideernte, etwa vom 20. Juli bis 10. August, bringt man die Pflanzen, etwas an den Löwenzahn im Aussehen erinnernd, in die Felder. Dazu eignet sich leichter, sandiger Boden durchaus nicht; die Weberkarde will besten, kräftigen Boden; je schwerer derselbe ist, desto schöner wird voraussichtlich ihr Wachstum. Hat man den üblichen Wifangbau, so treffen auf einen je drei Reihen; die Pflanzen stehen dann im Dreieck mit 20 cm Abstand. Nach dem Anwachsen werden sie im Vorherbste einmal und im Frühjahr danach zweimal sauber gehackt. Meistens geht Roggen dem Anbau der Weberkarde voraus. Manchmal erhalten die Pflanzen im Herbst eine schwache Düngung mit Jauche. Im Juli blühen die Pflanzen, die einen starken Mittelstamm haben, aus dessen Blattwinkeln die zahlreichen Seitenäste herauswachsen. Die Stengel sind stachelig und tragen am Ende die Weberkarde, die wie zitronenähnliche Zgel aussehen. Ihre Größe wechselt sehr; der Mittelstamm trägt die größte „Herzkarde“. Oft schneidet man dieselbe abfichtlich frühzeitig heraus, um viele mittelgroße Seitenkarden zu erhalten. Die Blüten selbst erscheinen nach und nach wie fingerbreite weiße Kränzchen, für die Bienen meist vielen Nektar liefernd. Ist der ganze Blütenkranz abgefallen — die Bienen verletzen bei vielem Wind ihre Flügel durch die Stacheln und gehen vielfach danach zugrunde, namentlich wenn auch noch plötzlich ein Regen dazu trifft —, so setzt die Ernte schon ein. Dieselbe dauert von Ende Juli an bis Ende August. Mit Scheren werden die blütenrestfreien Kardeln so abgeschnitten, daß ein 10 bis 15 cm langer Stengelteil bleibt. Mit den „Schwingen“, einem leichten Gerate aus Fichtenholz handartig geflochten, werden die Kardeln gesammelt und auf dem Wagen, der mit einem großen Tuche ausgelegt ist, nach Hause gefahren.

Nun gilt es, diese grünen Zgel sorgfältig im Halbschatten zu trocknen, und zwar auf dem Speicher oder Dachboden, oder unter einem Vordachraum oder auf dem Balkon, der als sogenannter Schrot ganz oder teilweise das Haus ziert. Je dünner die Haufen sind, je luftiger die Kardeln liegen, je öfter sie am Tage mit einer Getreidehaufel gewendet werden,

desto grüner bleibt die Ware. Braune Weberkarden sind für den Käufer wertlos. Gegen Mitte September gibt es dann eine mühsame Arbeit an den Kardeln; jeder einzelnen müssen mit der Schere die Blattspitzen eingekürzt werden; auch der Kardelstiel braucht ein Stutzen der Stacheln. Dieses zeitraubende, langweilige Geschäft erfordert große Geduld und Ausdauer. Deshalb gehen die Nachbarn mehrmals mit ihren kleinen und großen Hilfskräften beiderlei Geschlechts abends von 8 bis 2 Uhr zusammen, um den Kardeln die überflüssigen Stacheln zu

Meistens erfolgt der Verkauf im Oktober bis Dezember. — Die Pflanzenstengel werden alsbald nach der Ernte herausgenommen, zu Bündeln gebunden, zum Trocknen wie kleine Garben aufgestellt und zu Hause im Backofen zum Heizen gebraucht. Die Kultur der Weberkarde hat auch ihre Feinde. So können die Wühlmäuse und Feldmäuse die Wurzeln völlig unter der Blattrosette ausfreffen; dann ist das ganze Feld lückenhaft und muß unter Umständen ausgepflügt werden. Der schnelle Winter 1929 bis 30 kann bei längerem Ostwinde die Pflanzenwurzeln austrocknen; ferner ist wechselndes warmes Wetter am Tage und nächtlicher Frost dem Wurzelwerk äußerst gefährlich, so daß das Anbaufeld verloren gehen kann fürs laufende Jahr. — Aus diesen knappen Schilderungen kann der Leser, auch der Nichtlandwirt ersähen, wieviel Zeit der kleine Bauer dieser Sonderkultur zuwenden muß und wie sehr gefährdet seine Pflanzen sind von äußeren Einflüssen. Darum darf ihm auch für seine mühevolle, riskante Arbeit ein entsprechender Preis werden.



Weberkarde (*Dipsacus fullonum*). a Blütenstand, b einzelne Blüte, c Fruchtstand, d Samenkorn, e Blatt.

nehmen. Späße, Gesang, Musik, Bier und Tanz müssen das öde, gefilose Geschäft angenehm unterbrechen; denn mancher Kleinbauer hat 50 000 bis 100 000 bis 300 000 Stück Kardeln geerntet, vom 1r (100 gm) 5- bis 10 000 Stück. Nach dem Stutzen zählen zwei Personen in etwa einem halben Tag das Ergebnis der Ernte.

Vor dem Verkauf müssen die kleineren Stücke, auch die braunen, beschädigten, durch Sortieren ausgeschaltet werden. Der Käufer läßt 1000 Stück genau zählen, stellt danach dieses Gewicht fest, wiegt danach die ganze Menge, errechnet die Tausendzahl und zählt dann je Tausend 3—4—5—7—12 RM.

Was Gevatter Christmans Ehefrau über Zeitbeobachtungen im bäuerlichen Haushalt zu berichten weiß.

Von Gevatter Christman dem Jüngerem*.)

Wiederum war eine Woche schwerer Arbeit dahingegangen. Die müden Glieder hatten etwas ausgeruht, der Gottesdienst war besucht und das sonntägliche Mittagsgnahl verzehrt worden. So saß denn Gevatter Christman, sein Pfeifchen schmauchend, vor seiner Haustür und seine treue Lebens- und Arbeitsgefährtin neben ihm. Nicht lange, dann gesellten sich auch die beiden Nachbarn mit ihren Frauen dazu, und sogleich war ein lebhaftes Gespräch über die letzten Erlebnisse und Erfahrungen in Feld, Hof und Haus im Gange. Besonders wurden eingehend die großen Vorzüge der Wirtschaftsbearbeitung erörtert. Nun war Gevatter Christman nicht nur selbst ein sehr tüchtiger Mann, der seinen landwirtschaftlichen Betrieb durchführte, wie kein Zweiter im Dorf, seine Hausfrau war nicht minder tüchtig in ihrem Wirkungskreise. Und da sie einmal, wie die meisten Frauen, den Mund auf dem rechten Fleck hatte, so konnte auch sie verschiedenes aus ihrer Tätigkeit

*) Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die früher herausgegebenen, so ungemein beliebten Artikel und Belehrungen von Gevatter Christman in Buchform, und zwar bereits in zweiter Auflage, erschienen sind. Das Buch führt den Titel „Gevatter Christmans Landwirtschaftliche Brosamen“. Ein Buch gemeinverständlicher und anregender Belehrungen aus allen Zweigen der Landwirtschaft. Zweite, vermehrte Auflage. Preis gebunden 1 RM, kart. 1,50 RM. Verlag von J. Neumann, Neubamm. Das inhaltlich unbezahlbare Werk kann zu Geschenkzwecken an alte und junge Landwirte sowie zur Einstellung in Vereinsbibliotheken nur bestens empfohlen werden.



berichten. Aber nicht bloß darüber, sie bildete sich weiter, sie las auch eine landwirtschaftliche Hausfrauenzeitung, in der ihr besonders ein Aufsatz über „Zeitbeobachtungen im Haushalt des Bauern“ aufgefallen war. Und so erzählte dem Gevatter Christhans Ehegospin in ihren lauschenden Hören ungefähr folgendes.

Die Wirtschaftsberatung spielt ja schon seit Jahren eine segensreiche Rolle im landwirtschaftlichen Betriebe, besonders des Bauern. Bauernwirtschaften aber machen den weitaus größten Teil aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland aus. Denn von den rund fünf Millionen landwirtschaftlicher Betriebe sind nur achtzehntausend größer als 100 Hektar. Alle übrigen sind größere und kleinere Bauernwirtschaften. Nun sind in diesen Betrieben Landwirtschaft und Haushalt eng miteinander verflochten, und die Arbeiten von Feld, Hof und Haus greifen so ineinander über, dergestalt, daß gerade hier dem Haushalt eine weit größere Bedeutung für den Gesamtbetrieb zukommt als im Großbetriebe. Deshalb hat man in allerneuester Zeit mit begründetem Recht begonnen die Wirtschaftsberatung auch auf den Haushalt des Bauern auszudehnen und besonders der Hausarbeit mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken, um so den besten methodischen Weg zu finden, der später gegangen werden muß. Den Anfang dazu hat man am 1. Juli 1929 auf einem 25 ha großen Bauerngut gemacht, das der Pommer'scher Versuchsanstalt gehört. Dort werden zum ersten Male Beobachtungen und Zeitstudien angestellt, die sich nicht nur auf den Haushalt, sondern auch auf Garten, Milchwirtschaft und Geflügelzucht erstrecken. Eine landwirtschaftliche Lehrerin schreibt vom frühen Morgen bis zur Beendigung der Arbeit die einzelnen Arbeiten aller tätigen Personen nach Zeit und Dauer auf, zunächst ohne irgend welche Kritik oder Verbesserungsvorschlag. Bisher aber lassen diese Beobachtungen schon erkennen, daß es sich lohnen würde, derartige Versuche auch in anderen Bauernwirtschaften und auch in größerem Rahmen durchzuführen. Es kann dadurch sicherlich der einzelne beobachtete Betrieb grundlegend beeinflusst werden, und es können weitere Grundlagen für jede weitere Aufbauarbeit gewonnen werden.

Zu diesem in ihrer Hausfrauenzeitung Gelesenen konnte Gevatter Christhans Ehefrau noch etwas aus ihrer eigenen Erfahrung hinzufügen. Zunächst, so meinte sie, darf in Wohnung und Küche nicht wahllos eine Arbeit nach der anderen erledigt werden. Es muß ein Plan aufgestellt werden, der eingehalten wird. Nicht nur den einzelnen Tag muß dieser Plan umfassen, sondern die ganze Woche, denn es gibt ja ganz bestimmte Arbeiten, die mit Regelmäßigkeit allwöchentlich wiederkehren. Dann überlasse man nie Dinge sich selbst, die der Aufsicht bedürfen. Man setze Milch zum Kochen ans Feuer oder Mehl zum Bräunen oder Fleisch zum Braten. Die vielbeschäftigte Hausfrau will inzwischen nur einen Knopf annähen und die Blumen begießen. Wenn sie dann plötzlich einen brennlichen Geruch verspürt, ist es zu spät. Die Milch ist fast ganz übergekocht, der Braten angebrannt und die Mehlschwitze kohlschwarz geworden. Sonst aber kann die Hausfrau sich auch manche Arbeit erleichtern. So sollte alle und jede Arbeit, die im Sigen ebenso gut wie im Stehen gemacht werden kann, wie Gemüseputzen, Kartoffelschälen, Wäschebügeln und viele andere, stets im Sigen ausgeführt werden. Das lange Stehen ermüdet weit mehr als die Arbeit selbst, und mit seinen Körperkräften muß man auch hauszuhalten verstehen.

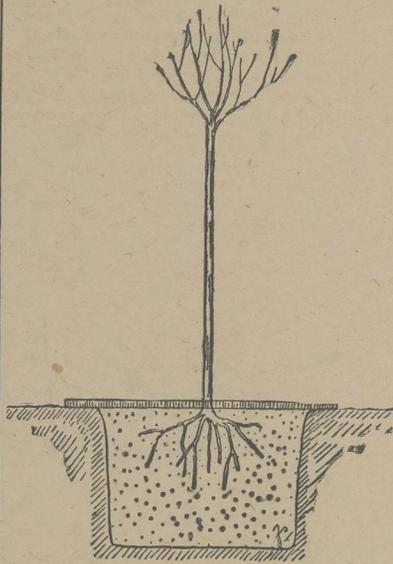
Undächtigt hörten Gevatter Christhans Nachbarn den Ausführungen zu, und alle bekannten im stillen, daß selberlich auch in ihrem Haus-

halt wohl noch manches zu ändern und zu bessern ist. Denn auch auf diesem Gebiete schreitet die Entwicklung weiter, und wenn besseres an Stelle des alten vorgeschlagen wird, dann ist es auszuprobieren, denn Stillstand ist Rückschritt.

Einiges über zu tief gepflanzte Obstbäume.

Von Jz. (Mit Abbildung.)

Wer die deutschen Obstbaverhältnisse gut kennt, wird dem Verfasser zustimmen, daß rund ein Viertel aller deutschen Obstbäume zu tief im Boden steht. Das hat zur Folge, daß sie kränkeln und nie voll tragbar werden. Ursache der Krankheitserscheinungen ist der Umstand, daß der Bewurzelung die Luft nicht genügend zukommt. Wie alle Oberflächenteile des Baumes atmen wollen, so auch die Wurzeln. Dazu ist erforderlich, daß die Luft mit ihrem Sauerstoff in den Durchwurzelungsbereich eindringt. In den tieferen, nicht durchlüfteten Schichten befindet sich die für die Atmung giftige Kohlensäure, und so



Im richtiger Höhe eingepflanzter Obstbaum.

leidet denn der zu tief im Boden stehende Obstbaum einerseits Atemnot aus Sauerstoffmangel, andererseits Vergiftung durch Kohlensäure. Kommt noch hinzu, daß die Nährstoffe im Boden nur bei Gegenwart von Sauerstoff aufgeschlossen werden können. Infolge des Sauerstoffmangels können auch die für das Leben der Bäume notwendigen Bodenbakterien nicht gut gedeihen und arbeiten. So entstehen derart ungünstige Verhältnisse, daß die Bäume kränkeln und bei besonders tiefem Stande mit der Zeit eingehen.

Abgesehen treten dieselben tödlichen Erscheinungen ein, wenn rund um den Stamm herum der Wurzelbereich mit Erde aufgehöhlt wird. Also ist die Umschüttung von Erdbreich, sei es auch noch so nahrhaft und gut, auf die Dauer höchst nachteilig. Alle Aufhöhlungen des Geländes, wie vielleicht zur Höhe legung eines Weges oder Hofes, sind nachteilig. In den weitaus meisten Fällen aber sind derart kränkeltende Bäume zu tief gepflanzt.

Weshalb dieser Fehler so oft begangen wird? Der Pflanzler rechnet nicht damit, daß das Erdbreich, wenn es in die Pflanzgrube eingefüllt ist, locker ist und sich samt dem Pflänzling fest. Leichter, sandiger und humoser Boden setzt sich nicht so hart wie schwerer, lehmiger und Tonboden, weil in letzterem Falle die Schollen gröber sind und größere Zwischenräume verbleiben, die erst allmählich zugeschwennt werden. Man hat nachgesehen und gefunden, daß das Erdbreich einer 75 cm tiefen Pflanzgrube sich durchschnittlich um 9 bis 10 cm fest, wenn das Erdbreich tonig-lehmig ist, während leichter Boden sich nur etwa 5 bis 7 cm zu setzen pflegt; aber auch das genügt schon, um dem Baum

dauerndes Stiehmum zu bringen. Die sich neu bildenden Wurzeln gehen nicht etwa nach der Oberfläche zu, um so in den Genuss besserer Lebensverhältnisse zu kommen, sondern unterliegen dem Zwange, nach unten zu wachsen, und gelangen dabei in immer ungünstigere Verhältnisse.

Was ist zu tun, damit der Baum späterhin, wenn das Erdbreich sich völlig gesetzt hat, den richtigen, genügend hohen Stand hat? Zunächst sollen die Pflanzgruben nicht so tief gemacht werden, wie das zumeist geschieht. Man mache sie lieber breiter und länger wie bisher, aber nur 40 bis 50 cm tief. Der Aushub wird am besten im Herbst vorgenommen. Dann lasse man das Erdbreich einige Monate an der Luft durchfrieren, fülle es aber, sobald der Boden um Weihnachten herum offen, d. h. nicht gefroren ist, bis auf den guten Mutterboden, der bei der Verwendung beim Pflanzen schon beim Aushub abgefordert wurde, wieder in die Grube, damit es sich bis zur Pflanzung im Frühling setzen kann. Erst im Frühling soll dann gepflanzt werden, wobei der gute Mutterboden an die Wurzeln gebracht wird. Gibt es nicht genügend Zeit, um rechtzeitig in dieser Weise vorzugehen und das Gezen zu erwirken und muß man sofort nach dem Aushub auch pflanzen, wird gleichfalls der Untergrundboden zunächst wieder eingefüllt; dann aber muß viel Wasser in die Pflanzgrube gegeben werden, so daß das Erdbreich angeschlemmt, also künstlich versetzt wird. Erst wenn es einige Tage wieder abgetrocknet ist, wird der Baum mit der Muttererde gepflanzt. Um die richtige Höhe zu ermitteln, gibt es ein einfaches Verfahren. Man legt quer über das Baumloch eine Latte oder Stange. Steht der Baum richtig, schneidet ihre Unterseite mit der obersten starken Wurzel ab (vergl. Abbildung). So hoch muß der Baum stehen, wenn er fertig gepflanzt, also das Erdbreich gut angetreten und der Pflänzling nochmals mit Wasser reichlich angeschlemmt ist. Er senkt sich selbst dann noch um eine Kleinigkeit, doch ist er bei diesem Verfahren so hoch gesetzt, daß er später dauernd in der richtigen Höhe steht. Senkt sich das Erdbreich infolge ungleichmäßigen Pflanzens im Bereich der Pflanzgrube, so daß sich eine Mulde um den Stamm bildet, wird diese im Laufe der Zeit mit Erdbreich vollgeschwennt, so daß der Wurzelhals nach Jahren zehn und mehr Zentimeter tief mit Erde eingeschüttet ist. Um das Gezen des Erdbreiches nach Möglichkeit zu vermeiden, darf der Pflänzling auch nicht hohl stehen. Es liegt auf der Hand, daß unter dem Baum und den starken Wurzeln sich beim Einfüllen des Mutterbodens Hohlräume bilden, so daß der Baum infolge seines Eigengewichtes und der mangelhaften Unterstützung nicht nur mit dem Erdbreich zusammen, sondern sich selbst senkt und dann zu tief steht. Man stockert infolgedessen mit einem Rahmenstange oder sonstigen Stab dorthin, wo etwa Hohlräume vermutet werden können, und füllt sie dadurch aus. Das starke Gezen des Erdbreiches bei ungleichmäßiger Pflanzung bringt auch einen anderen großen Nachteil mit sich. Damit der beigegebene Pflanz feststeht und seine Aufgabe erfüllt, dem Pflänzling in der Zeit seines Anwachsens und für einige Jahre eine sichere Stütze zu sein, wird er vor dem Wiedereinschütten des Aushubes in die Sohle der Pflanzgrube, also in das festliegende Erdbreich, eingetrieben. Der gepflanzte Baum wird dann an ihn angebunden, und es besteht die Gefahr, daß er, wenn er sich mit dem Erdbreich fest, sich mit den Baumbändern an den unüberdär feststehenden Pfahl aufhängt. Das sich senkende Erdbreich zieht die elastische Bewurzelung herab, und auch das ist für das zukünftige Leben des Baumes nachteilig. In diesem Sinne sollte deshalb auch nie der Pflänzling sofort angebunden werden, sondern die Bänder müssen locker genug sein, damit der Baum sich unabhängig von dem feststehenden Pfahl mit dem Erdbreich setzen kann.

Jagd Waffen.

Wie anspruchslos waren wir älteren Jäger, die wir noch mit dem „Stopper“, der Perkussionsflinte, unseren ersten Hasen schossen. Die Zeiten sind vorüber; der Hinterlader kam mit Stützführung und Schlagbolzen, und dann in nicht endender Menge System auf System. Das alte brave Schwarzpulver ist in die Erde gedrängt, der Damoklauf stirbt aus, das rauchlose Pulver und der Stahllauf haben gesiegt.

Die Frage für den Anfänger: Welche Flintenkaufe ich mir? Ist heute gar nicht mehr ohne längere Ueberlegung zu beantworten. Beim Kaliber beginnt es. Ob viel Feldjagd oder mehr Waldjagd, wird ausschlaggebend sein. Nun das System, wenn es auch auf die Leistung gar keinen Einfluß hat, dann das Neuzere des Gewehres, das Gewicht, Vockflinte oder Querflinte, Ripplauf oder nicht, Büchsenflinte oder Drilling? Auf all diese Fragen gibt nun das im Verlag J. Neumann, Neudamm, zum Preise von 6 RM erschienene Buch „Jagdwaſſer“, ein praktischer Ratgeber für den Jäger in allen waffenrechtlichen Fragen bei Anschaffung und beim Einschießen von Gewehren, von Albert Preuß, dem Leiter der Waffentechnischen Versuchsanstalt Neumannswalde-Neudamm, erscheinende Auskunft.

Eins ist unerlässlich: Der Beschuß der Läufe mit rauchlosem Pulver. Der Verfasser führt die Beschußzeichen von Deutschland, Belgien, England, Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei in der geltenden Form vor. Beim Kauf eines älteren Gewehres ist auf den deutschen Vorratsstempel zu achten, es stammt dann aus den Jahren vor 1891.

Was nun für die Flinte gilt, gilt auch für den Büchsenlauf: System über System. Nicht weniger als 25 der bekanntesten Büchsenpatronen sind abgebildet. Die alte Rundkugel ist zur Sage geworden, das früher hochgeachtete Schutzzeichen des Kugelschläges wird vom Knall verdrängt. Es werden Geschwindigkeiten gefordert, die für den weitaus größten Teil der deutschen Jagden keine Berechtigungen haben. „Hochgeschwindigkeit gehört zum Geiste unserer Zeit“. In der Hand eines unbesonnenen Schützen vergrößert sich die Gefahrenzone ganz gewaltig. Wir befinden uns zwar in einer Kultursteppe, aber doch nicht in Südwest-Afrika.

Der Verfasser schreibt goldene Worte: „Jeder anständige Jäger sollte bedenken, daß das Wild fühlt und leidet“. . . . „Hut ab vor dem Jäger, der nicht weiter als 100 m mit der Büchse schießt.“ — Mit der Schrotflinte nicht über 35 m. — Ich fürchte jedoch, die Hutmütze wird nicht oft in Anspruch genommen werden.

Was nun noch zum Gewehr gehört: Riemen, Fernrohr, Reinigen, Pflege, Waffengeieß und sonst noch mehr; auf keinem dieser Gebiete läßt uns der Ratgeber im Stich. Er möge nicht nur dem Anfänger, sondern allen Jägerleuten, auch denen, die meinen, schon ausgerechnet zu haben, wirklich ein „Ratgeber“ werden. Schwabe.

Neues aus Stall und Hof.

Ziegenmast. Von einer eigentlichen Mast älter Ziegen kann wohl kaum gesprochen werden, weil sie sich auch nicht lohnt. Unsere Ziegen sind ja einseitig nur auf hohe Milchleistung gezüchtet und sehen auch bei bestem Futter sehr wenig Fleisch bzw. Fett an. Sedoch sollen Ziegen, welche infolge zu geringer Milchergiebigkeit oder solche, die aus der Zucht auszuschneiden sind, sich in gutem Futterzustande befinden. Man füttere sie deshalb auch vor dem Schlachten einige Wochen reichlicher und verabreiche ihnen gutes Heu, Gersten- oder Haferschnitz. Auch etwas Kleie und gekochte Kartoffeln. Durch Beimischung von Würzkräutern wird das Fleisch wohlriechender. Rote Rüben in geringen Gaben gereicht, sind der Verdauung außerordentlich förderlich. Kl.

Die zur Käfigmast bestimmten Gänse werden in engen Kästen untergebracht. Letztere sind nur so breit, daß die Gänse sich darin nicht umdrehen können. Der hintere Teil der Bodenfläche der Käste wird entfernt, so daß die Exkremente der Tiere so Boden fallen und die Käste nicht beschmutzen. Sie werden täglich mit Torfmull übersreut. Der hierdurch anfallende Dünger wird auf den Komposthaufen gebracht und damit umgelegt. Die Gänse erhalten einen dünnen Brei aus Gersten- und Haferschnitz mit Milch angerührt. Am Abend reiche man Körner. Wasser wird nur wenig, höchstens am Abend, gereicht. Außer den Mahlzeiten werden die Räume vielfach verdunkelt, was aber nicht gerade nötig ist. Dagegen muß den Tieren jede Aufregung ferngehalten

werden. Bei erkrankten Tieren findet man die grausame Sitte, die Gänse mit den Schwimmhäuten auf dem Fußboden festzunageln. Das ist eine grobe und sträfliche Tierquälerei, die nur schadet. Die Mast selbst soll nur drei Wochen dauern. Nicht alle Gänse ertragen die Mast gleich gut. Tiere, die nicht genügend zunehmen, soll man wieder in Freiheit setzen und so schlachtreif füttern. Gänse, die im Fressen nachlassen, aber genügend schwer sind, schlachte man. Man rechnet etwa 35 Pfund Körner während der Mast auf die Gans. Normal soll eine Gans während der Mast etwa 4 Pfund zunehmen. Kl.

Schlachtreife der Jungtauben. Jungtauben, welche im Herbst erbrütet werden, sind zur Zucht nicht mehr zu verwenden. Sie werden meist im eigenen Haushalt verbraucht bzw. auf den Markt gebracht. Hierfür ist es von Nutzen, zu wissen, wann die Schlachtreife eingetreten ist. Werden die Tauben zu früh aus dem Schlag genommen, haben sie nicht den sonst lieblichen Geschmack der Jungtauben, weil sie noch nicht genügend ausgewachsen sind, und bringen nur geringe Preise. Sind sie aber schon ausgeflogen und werden nicht mehr von den Eltern geätzt, verschwindet die sonst feiste Brust bald, ebenso geht der Wohlgeschmack verloren. Die Tauben müssen sich dann ihr Futter mühsam selbst suchen. Natürlich ist es, daß sich Nesttiere im Herbst längst nicht so schnell entwickeln wie im Frühjahr und Sommer. Nun läßt sich zwar der genaue Tag der Schlachtreife nicht bestimmen, doch bieten ein ziemlich sicheres Merkmal hierfür die kleinen Federn an der Unterseite der Flügel. Sind diese Federchen noch Stoppeln, ist das Täubchen noch nicht reif; dies ist erst der Fall, wenn die genannten Unterfedern ausgebildete Fahnen haben. Am übrigen fallen ja Neststreife und Schlachtreife meist zusammen. Kl.

Neues aus Feld und Garten, Treibhaus und Blumenzimmer.

Behandlung der Spargelpflanzen im Herbst. Man kann es ruhig sagen: Es mangelt an der zweckmäßigen Herbstpflege. Nachdem die Ernte vorüber ist, kümmerl sich um die Beete niemand mehr, als daß vielleicht einmal gedüngt wird und es ohne Düngung nur geringe Ernten gibt. Dabei macht sich in Ertrag und Tragbarkeitsdauer gerade beim Spargel die Sommer- und Herbstbehandlung bezahlt. Verkehrt ist es schon, die Dämme über Sommer, Herbst und Winter stehenzulassen. Das einzig richtige wäre es, am Schlusstage der Ernte alle Pfeifen, auch die dünnsten, zu stechen, dann die Dämme über den Reihen einzuebenen und vierzehn Tage später, wenn das Spargellaub genügend üppig herangewachsen ist, um die dargereichten Nährstoffe auch verarbeiten zu können, mit schnellwirkenden Düngemitteln zu düngen. Man entfernt mit dem reiflosen Stechen noch einmal alle Stangen und damit auch jene, die trumm, unscheinbar dünn, zerpfelert, von der Wade der gefährlichen und schwer schädigenden Spargelstige zerfressen und verfaulen sind. Durch nichts wirksamer wird der Befall im nächsten Jahre auf das Erreichbare eingedämmt. Sind im Sommer nicht die Dämme eingeebnet und gleichzeitig dieranken Sprosse entfernt (sie müssen, um auch der Bekämpfung Wirkung zu geben, sofort verbrannt werden), sollte das jetzt im Spätsommer oder Herbst, immer aber erst dann geschehen, wenn das Laub völlig abgestorben ist. Man suche nur einmal in den toten, faulenden Unterenden der Triebe nach und wird zahllose Puppen der Spargelstige finden, soweit die Sprosse im Erdreich stecken. Dort überwintert die Puppe, verläßt im Frühjahr als Fliege ihren Schlupfwinkel, schwärmt, legt ihre Eier an die der Erdoberfläche erscheinenden Spargelköpfe ab und durchwurt sie. Das Abdecken der Erddämme wirkt unmittelbar günstig. Die Spargelpflanze liebt als Gewächs des sehr leichten Bodens die Luft an der Bewurzelung, und diese wird natürlich durch die hohen Dämme ferngehalten. Auch werden die Nährstoffe des Erdreiches, von der Luft abgeschloffen, weniger reichlich erschlossen. Nachdem die Dämme eingeebnet sind, wird reichlich Stallmist aufgebracht und mit ihm die anze-

Spargelfläche die abgedeckt. Das dient in der Hauptsache der Nährstoffauführung. Frostschuß ist dem Spargel nicht nötig. Der unergiebiglich harte Winter des letzten Jahres hat nemmenswerte Schäden an Spargelpflanzen nur ganz vereinzelt in übermäßig trockenen Böden hervorgerufen. Im kommenden Frühjahr, bevor Mitte April die Beete wieder eingedämmt werden, wird das ausgelagte Düngerkraut ab- und zwischen die Reihen gereicht und beim Eindämmen derselben zugedeckt, wo es im Laufe des Sommers verfault. Man hat oft von dieser Maßregel abgeraten, mit der Begründung, daß die Stroheinlagerung den geraden Aufwuchs der Stangen nachteilig beeinflusst; das ist aber theoretischer Einwand. Die Praxis des Spargelbaues hat nie dergleichen bemerkt. Is.

Fehlerhaftes Beschneiden der Himbeeren im Herbst. Gleich nach völliger Beendigung der Himbeerernte werden die abgetragenen Ruten dicht über dem Erdboden abgeschnitten und ebenso alle dünnen, oft nur stricknadelfarken jungen Ruten. Es bleiben somit von jeder Pflanze nur wenige Ruten zur neuen Ernte stehen, die sich dann um so kräftiger entwickeln und starke Knospen bilden. Weil aber an diesen Ruten die obersten, an der Spitze befindlichen Beeren nur klein bleiben, pflegt man die Ruten um ungefähr fünf Zentimeter zu kürzen. Es entwickeln sich dann die übrigen Knospenanlagen um so üppiger und liefern große, ausgereifte Beeren. Dieses Kürzen der künftigen Tragruten sollte aber nicht zu früh erfolgen, denn bis zum Spätherbst wachsen die Ruten immer noch in die Länge, und außerdem ist wohl anzunehmen, daß die durch den Schnitt verletzten Ruten eher als unbeschädigte unter dem Winterfrost leiden. Es wird deshalb geraten, erst im zeitigen Frühjahr, ausgangs Winter, und bevor sich die Triebe zu regen beginnen, die Ruten um etwa fünf Zentimeter zu kürzen. Is.

Neues aus Haus, Küche und Keller.

Mehr Milch zu Gemüße verwenden! Stärkerer Milchverbrauch ist jetzt die Lösung, und diese Mahnung ist besonders an die Hausfrauen gerichtet, die diese nährstoffreiche und gut bekömmliche Flüssigkeit weit mehr als seither in der Küche verwenden sollten. So können Gerichte, die man bisher vielfach ohne Milch bereitet, durch deren Zusatz noch jeder Richtigung hin verbessert werden. Dazu gehören in erster Linie alle Gemüsesuppen. So wird Spinat aller Art bedeutend schmackhafter, wenn er nicht mit reiner Spinatbrühe zubereitet wird, sondern einen reichlichen Zusatz von Milch erhält bis zur Hälfte und noch weit darüber hinaus. Man kann den Spinat sogar nur mit Milch und einer Mehlschwitze zubereiten. Er ist dann um so schmackhafter und bekömmlicher geworden. Auch Kopsalat wie auch Gelbe Rüben gewinnen durch einen erheblichen Zusatz von Milch an Milde und Wohlgeschmack. Das gleiche gilt von den Roten Rüben und sogar vom Meerrettich. Auch viele Suppen, so besonders alle Gemüsesuppen, gewinnen durch einen Beizug von Milch. Daß Kartoffelbrei mit Milch weit besser schmeckt und nahrhafter ist als ohne sie, ist allgemein bekannt. In dieser und ähnlicher Weise ist es möglich, selbst überall dort, wo Milch als Getränk in größerem Umfange nicht verwendet wird, einen stärkeren Milchverbrauch herbeizuführen zum Wohle und besseren Gedeihen aller Familienmitglieder. W.

Senfhammelkeule. Eine Hammelkeule von 4 kg wird gehäutet und vom Fett befreit, der Knochen wird bis zum Gelenk ausgelöst und die Keule gewaschen, geklopft und mit 80 g Speck gepökelt. Hierauf wird sie mit Senf gleichmäßig bestrichen und muß in einer Schüssel zwei Tage liegen. Zum Anbraten bedarf man 60 g Fett nebst 50 g Butter. Zwei große Zwiebeln werden in Scheiben geschnitten, in Butter braungebraten, dann werden sie mit der Butter über den Braten gegossen. Die Keule muß 2½ Stunden braten und fleißig gegossen werden. Wasser wird nach und nach zugegeben. Die Soße wird mit Mehl sämig gemacht; durch Zugabe von Madeira- oder Rotwein kann sie noch verfeinert werden. R.



Frage und Antwort.

Ein Ratgeber für jedermann.

Bedingungen für die Beantwortung von Anfragen: Der größte Teil der Fragen muß schriftlich beantwortet werden, da ein Abdruck aller Antworten räumlich unmöglich ist. Deshalb muß jede Anfrage die genaue Adresse des Fragestellers enthalten. Anonyme Fragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Außerdem ist jeder Frage ein Wunsch, daß Fragesteller in Beantwortung dieses Blattes, sowie als Honorarbeitrag der Betrag von 50 Pf. beizulegen. Für jede weitere Frage sind gleichfalls je 50 Pf. mitzuliegen. Anfragen, denen weniger Porto beigefügt wurde, werden zurückgelegt und erst beantwortet, wenn der volle Portoertrag erstattet worden ist. Im Winterfalle werden nur rein landwirtschaftliche Fragen behandelt; in Restfragen unteres Blattes ist sowie als Honorarbeitrag der Betrag von 50 Pf. beizulegen. Anfragen, denen weniger Porto beigefügt wurde, werden zurückgelegt und erst beantwortet, wenn der volle Portoertrag erstattet worden ist. Im Winterfalle werden nur rein landwirtschaftliche Fragen behandelt; in Restfragen unteres Blattes ist sowie als Honorarbeitrag der Betrag von 50 Pf. beizulegen.

Frage Nr. 1. Zwei Kühe haben im August und Oktober v. J. gekalbt. Drei Monate später habe ich sie wieder zugelassen; sie sind aber nicht tragend geworden, trotzdem sie drei- bis viermal geführt wurden. Die Kühe gaben bis zum Frühjahr viel Milch, aus welcher ich eine schöne, feste Butter herstellen ließ. Seit diesem Frühjahr ist die Milch weich und schaumig. Ich habe die Tiere vom Tierarzt impfen lassen. Kann diese schlechte Beschaffenheit der Milch von Impfen herrühren? Die Tiere gehen auf eine gute Rotkleeerde. Daneben verabreiche ich frisches Tränkewasser. Ich muß jetzt den Rahm oft 20 bis 30 Minuten buttern. Der Rahm ist dick und hat einen guten Geschmack. Das gleiche kann von der Butter gesagt werden. Wie kann diesem Milchfehler abgeholfen werden? W. Th. M. in U.

Antwort: Ihre Kühe befinden sich gegenwärtig in einem atmekenden Zustande, und es kommt sehr häufig vor, daß bei atmekenden Kühen Milchfehler auftreten. In Ihrem Falle ist der Fehler nicht besonders groß, da Sie, trotzdem das Buttern infolge der Schaumigkeit der Milch etwas erschwert ist, immerhin noch gute und brauchbare Butter gewinnen können. Wir möchten Ihnen empfehlen, bei dem Weidengang Ihre Tiere eine Beifütterung von zwei bis drei Pfund Delkuchen je Tier und Tag vorzunehmen. Als Delkuchen empfiehlt sich am besten ein Gemisch von Palmkernkuchen und Erdnußkuchen wie 1:1. Bei dieser Beifütterung dürfte nach unserem Erachten der Milchfehler sofort verschwinden. Dr. Wm.

Frage Nr. 2. Meine Ziegen, die gut gelolmt haben, wollen nicht laufen. Habe schon alles mögliche versucht, um die Sauglust anzuregen, habe schon jahrelang Weizengrießkleie mit gekochten Kartoffeln vermischt gegeben, und mit gutem Erfolg. In diesem Jahre wollen sie aber gar nicht. Habe schon Gerstenstroh versucht, aber auch das verschmähen sie. Nicht mal klares Wasser wollen sie mehr trinken. Sonst füttere ich rohe Kartoffeln und Heu. Habe schon versuchsweise Gras gefüttert, aber auch das ändert nichts. Milch geben sie sonst gar nicht mehr. Sonst machen sie aber keinen kranken Eindruck. Ob das irgendeine Seuche oder so was ähnliches ist? Es klagen hier noch mehr Ziegenhalter über daselbe Uebel. E. R. in S.

Antwort: In der heißen Jahreszeit nehmen die Tiere, wenn sie mit Grün gefüttert werden, immer wenig flüssige Nahrung zu sich. Trotzdem scheint bei den dortigen Ziegen eine andere Ursache vorzuliegen. Schuld kann nur an der einseitigen Fütterung (rohe Kartoffeln und Heu) liegen. Sie müssen den Tieren mehr Abwechslung in der Fütterung bieten. Außer Luzerne, Klee usw. muß auch im Sommer neben einwandfreiem Heu einmal am Tage Kraftfutter verabreicht werden. Geben Sie als Getränk reines, übersägliches Wasser mit einer Prise Salz. Noch besser: bringen Sie in den Ställen Salzleckensteine oder Salzlecken an, von denen die Tiere ihren Salzbedarf nach Belieben abdecken können. Auch muß den Tieren der notwendige Kalk in Form von Futterkalk zugeführt werden. Nur einwandfreie, gute, kräftige und abwechslungsreiche Fütterung kann Abhilfe schaffen. Ho.

Frage Nr. 3. Ein dreijähriger Hofhund hat seit einiger Zeit Schwellungen zwischen den Beinen und am Ballen. Der Außenraum feines Zwingers ist mit Ziegelsteinen gepflastert,

in der Holzhütte hat er ein Heulager. Was kann ich gegen die Schwellung der Ballen tun? E. T. in M.

Antwort: Ihr Hund leidet an einer Entzündung der Haarbälge, die er sich jedenfalls auf dem harten Ziegelboden zugezogen hat. Untersuchen Sie die Ballen und Zwischenhäute genau auf etwa vorhandene Fremdkörper, die natürlich entfernt werden müssen, und pinzeln Sie die geschwollenen Ballen mit zehnprozentigem Salzsäuregeist ein. Vet.

Frage Nr. 4. Habe einen Hühnerbestand von zwölf Hennen und einem Hahn. Dieselben bekommen: Hafer, Milchfutter, Weich- und Grünfutter. Hatte bisher niemals sogenanntes Pech mit den Hühnern. Dieselben haben einen großen, luftigen Stall, einen großen Park zum Scharen. Vor etwa vierzehn Tagen fiel mir auf, daß ein Huhn den Schwanz hängen ließ und mähmütig aussah, trotzdem kraß es mit den anderen Hühnern. Um keinen Schaden zu haben, schlachtete ich es. Beim Ausweiden war es innen ziemlich fett, die Leber aber war nicht rot, sondern leberartig braun, ungefähr wie gekocht, sie zerließ beim Ausnehmen. Das Huhn hatte außerdem Käuse. Vergangene Woche bemerkte ich daselbe wieder bei einem anderen Huhn und am anderen Morgen lag es tot im Stall. Ich wollte nun wissen, woran das lag, und öffnete es. Daselbe war innen so fett, daß der ganze Magen darin lag. Die Beschaffenheit der Leber war wie bei dem ersten Huhn. Was kann das sein und was ist zu tun? Kann dies schließlich bei all den Hühnern vorkommen? Liegt es an der Fütterung? Was ist gegen das Ungeziefer (Käuse) am besten anzuwenden? S. J. in S.

Antwort: Erkrankungen der Leber bei Ihren Hühnern, wie sie im vorliegenden Falle geschildert werden, entstehen bei schweren Infektionskrankheiten und Vergiftungen, wie z. B. bei Tuberkulose, Leukose, Phosphorvergiftung usw., aber auch bei zu intensiver, mastiger Ernährung und zu geringem Auslauf. Die Behandlung muß in der Abstellung der jeweiligen Ursachen bestehen, deren Feststellung durch Einsendung eines verendeten oder notgeschlachteten Tieres an das Bakteriologische Institut Ihrer Landwirtschaftskammer, aber nicht etwa an uns, erfolgen kann. Gegen die Käuse empfiehlt sich das Einstreuen von Insektenpulver oder von Schwefelblumen in das Gefieder oder die Bespülung des Gefieders mit Anisöl 1:10, fettem Öl oder Kreolin 1:5, Spiritus dilutus. Die Behandlung ist nach acht Tagen zu wiederholen, weil die Nisse durch die Mittel nicht sicher getötet werden. Außerdem ist den Hühnern Gelegenheit zu Sandbädern zu geben, denen man Schwefelblumen zusetzt. Ställe, Stallgerätschaften und besonders die Nester sind peinlich sauber zu halten und regelmäßig zu desinfizieren. Dr. L.

Frage Nr. 5. Als Besitzer einer 150 Morgen großen Landwirtschaft betreibe ich nebenbei Fischzucht in zwei Seen, die zusammen 80 Morgen groß sind. Die Fische (Karpfen und Schleien), bringe ich auf den Markt der Nachbarstädte. Leider kann ich mich hier auf dem Lande nicht so eingehend über die jeweiligen Fischpreise unterrichten, wie es im Interesse meines Fischabganges notwendig wäre, da die hiesige Tageszeitung nicht fortlaufend und nur unvollständig über die Fischpreise bringt. Mir liegt daher daran, einmal zu erfahren, wo ich mich ständig über die Fischpreise unterrichten kann. Können Sie mir eine Fachzeitschrift nennen, die fortlaufend die Fischpreise notiert, so daß man einen Ueberblick über die Marktlage der letzten Woche gewinnen kann? L. S. in M.

Antwort: Die Marktpreise für alle Süßwasserfischgattungen aus den größeren Städten ganz Deutschlands notiert ständig die einzige wöchentlich erscheinende „Fischerei-Zeitung“ (Wochenchrift für die gesamte deutsche Binnenfischerei, Fischzucht, Teichwirtschaft, Seens-, Fluß- und Bachfischerei, der Fischereiwertung und Sportfischerei, Verlag I. Neumann, Neudamm, Abonnementpreis monatlich 1,50 RM). Die Fischmarktberichte haben oft in dieser Zeitung einen Umfang von eineinhalb Seiten

und sind sehr ausführlich. Vor allem bringe die „Fischerei-Zeitung“ den amtlichen Marktbericht der Städtischen Markthallendirektion zu Berlin, dann Tendenzberichte über die jeweilige Marktlage im Karpfen- und Schleiengeschäft, was für Sie als Kleintierwirt von besonderem Interesse sein dürfte. Am besten bestellen Sie die „Fischerei-Zeitung“ bei Ihrem Postamt. Bei dem so geringen Abonnementspreis dürfte wohl einem ständigen Abonnement nichts entgegenstehen. U.

Frage Nr. 6. Fünf Birnbäume, früher kleine Frühbirnen, vor fünf Jahren veredelt zu Klapps Liebling, werden seit etwa zwei Jahren gelb, wie Ihnen beiliegender Zweig zeigt. Was kann ich dagegen tun? G. J. in G.

Antwort: Die eingesandte Probe war durch die Weißfleckenkrankheit, hervorgerufen durch den Pilz *Mycosphaera ella sentina*, befallen. Zwecks Bekämpfung dieser Krankheit sind alle abgefallenen Blätter zu sammeln und zu verbrennen. Im Winter sind die Bäume und der Boden unter den Bäumen mit zweiprozentiger Kupferkalkbrühe zu spritzen. Diese Spritzungen sind von Anfang Juni ab noch einige Male mit einprozentigen Lösungen zu wiederholen. R.

Frage Nr. 7. Kann jetzt noch ein Stachelbeerstrauch verpflanzt werden? Wie tief muß derselbe eingepflanzt werden, und welche Düngung muß er erhalten? H. J. in G.

Antwort: Sie können genannten Strauch jetzt verpflanzen, es muß jedoch der Boden frostfrei sein. Der Strauch kommt so tief zu stehen, wie er gestanden hat, etwa 10 cm über dem Wurzelhals in der Erde. Als Dünger nehmen Sie am besten stark verrotteten Stalldünger. Dieser wird bis zur Wurzelhals im Boden gleichmäßig verteilt. Steht Ihnen kein Stallboden zur Verfügung, so geben Sie je Quadratmeter 40 g schwefelsaures Ammoniak, 40 bis 50 g 40prozentiges Kalisalz und 50 g Superphosphat. Ist der Boden humusarm, so wäre eine Vermischung deselben mit Torfmull sehr anzuraten. R.

Frage Nr. 8. Beifolgend einige stark von Meltau befallene Weintrauben mit der Bitte um Angabe eines Mittels zur Beseitigung dieses sich alle Jahre kurz vor der Ernte einstellenden Uebelstandes. H. R. in H.

Antwort: Die eingesandte Probe war von echtem Meltau befallen. Zwecks Bekämpfung sammeln Sie im Herbst alles Laub und die beim Schnitt abgefallenen Ranken und verbrennen diese. Danach spritzen Sie den ganzen Stock eingehend mit zehnprozentiger Schwefelöl-Lösung, der noch zweiprozentiges Schwefelpulver hinzugefügt wird. Im Frühjahr, nach dem Laubausschlag, ist der Stock mit Schwefelpulver zu bestäuben. Nach der Blüte sind die Bestäubungen in vierzehntägigen Abständen bis Ende Juli zu wiederholen. Die Arbeit wird an sonnigen und windstillen Tagen, am besten morgens beim Tau, ausgeführt. Als Schwefel eignen sich die kleinen Handapparate sehr gut. Am Notfalle kann auch eine Puderknause genommen werden. R.

Frage Nr. 9. Ich habe einen schönen Räucherboden. Leider befinden sich darin Fledermäuse und verzehren immer meine schöne Netzmurk. Wie und womit kann ich mich davor schützen? L. in F.

Antwort: Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß Ihre Fleischwaren von den Fledermäusen verzehrt worden sind. Die Fledermäuse leben nur von Insekten und können als Schädiger von Fleischwaren überhaupt nicht in Betracht kommen. Wahrscheinlich werden Ihre Fleischwaren von Ratten oder Mäusen angegriffen, die bekanntermaßen sehr geschickt auch hängendes Fleisch erreichen können. Der einzige Schutz, den es gegen diese Mager gibt, besteht in Anbringung entsprechender enger Gitter, durch die weder Mäuse noch Ratten hindurchkriechen können. Alle Fenster und sonstigen Öffnungen sind damit zu schützen. Wenn Sie nun schreiben, daß Ihre Fleischwaren verzehrt werden, so könnte man daraus schließen, daß sie von Dieben gestohlen werden. U.

Alle Anfragen an die Schriftleitung, auch Anfragen, sind zu richten an den Verlag I. Neumann, Neudamm (Bez. St.).

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentlich: Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif und ersicht jeder Anspruch auf Sicherung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 10 Pfg., die 2spaltige 5 Pfg. für Rufnummern von Anzeigen an bestimmten Tagen, und Plätzen, sowie für richtige Wiederholung und unbedingte Schriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Laufen, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 125

Sonnabend, den 25. Oktober 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

- Die Landvolkführer wurden vom Reichspräsidenten empfangen, dem sie über die augenblickliche Lage und die Forderungen des Landvolks Vortrag hielten.
- Nach immer ist die Ursache, die die Katastrophe von Waldorf herbeigeführt hat, von den Sachverständigen nicht festgestellt worden.
- Reichspräsident Ebert und Reichsinnenminister Dr. Brüning haben auf dem Bundestag des Deutschen Beamtenbundes über das Verhältnis von Regierung und Beamtentum gesprochen.
- Im Bayerischen Landtag wurde zwecks Sicherung des Haushalts ein Neuentwurf des Schlichtungserlasses angenommen.

Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit.

Es ist selbstverständlich, daß die ungeheure Not der Erwerbslosigkeit an sich, die Erstfütterung der Reichsfinanzen durch die wachsenden Ansprüche der Reichsversicherungsanstalt und der Krisenführung, vor allem aber auch die Bedrohung der Gemeindefinanzen, von dem Augenblick an, in dem die Ausleerung ein Massenproblem größten Stiles wurde, alle sozial verantwortliche Denker dauernd beschäftigt. Rückschlüsse der verschiedensten Art tauschen auf, und es ist notwendig, sie alle mit der gewissenhaftigkeit, die sich angesichts der Not von selbst versteht, zu prüfen.

Das Institut für Konjunkturforschung hat eine Untersuchung der Frage veröffentlicht, ob die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit überwunden werden kann. Es wird zunächst festgestellt, daß von den rund 9,8 Millionen Arbeitslosen, die Ende August bei den Arbeitsämtern gezählt wurden, 2,3 Millionen auf die Industriebeschäftigten entfallen und daß nur für sie grundsätzlich die Frage der Streckung überhaupt zur Diskussion gestellt werden kann. Von den 10,5 Millionen Industriebeschäftigten sind schätzungsweise 8,2 Millionen beschäftigt. In diesen 8,2 Millionen sind nun aber auch alle Kurzarbeiter enthalten; ihre Zahl läßt sich nur mit Hilfe der Gewerkschaftstatistik schätzen und dürfte etwa 1,8 Millionen betragen, so daß etwa 6,4 Millionen Arbeiter voll beschäftigt sind, das heißt: die wöchentlich tariflich festgelegte Arbeitszeit arbeiten. Nur für sie kommt also von vornherein die Frage einer Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten der Wiedereinstellung Erwerbsloser in Frage, denn diejenigen Betriebe, die bereits geschlossen sind, um ihre Beschäftigten durchzuhalten, verweigert zu arbeiten, können selbstverständlich nicht gezwungen werden, neue Arbeitskräfte einzustellen. Für die übrigen fast 2 Millionen, die mechanisch geteilten Arbeitsstunden eine mechanische Rechnung aufmachen, die rein zahlenmäßig ergibt, daß bei einer allgemeinen Streckung der Arbeitszeit von 48 auf 44 Wochenstunden statt 6,8 Millionen 7,5 Millionen Arbeiter erforderlich sein würden, um das gleiche Arbeitsquantum zu verrichten. Rein rechnerisch würden damit 0,7 Millionen Arbeiter vom Arbeitsmarkt verschwinden. Bei einer Reduktion auf 40 Stunden würde diese mechanische Rechnung eine Mehrbeschäftigung für 1,5 Millionen Arbeitskräfte erreichbar erscheinen lassen.

Damit sind gewissermaßen die statistischen Möglichkeiten gezeichnet, die jedoch nichts über die Durchführbarkeit ermöglichen lassen, sondern höchstens erkennen lassen, daß über diesen Rahmen hinaus von vornherein jede Erörterung gegenstandslos sein würde. Um zu erkennen, was innerhalb dieses Rahmens erreicht werden kann, bedarf es einer Beurteilung der Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf den Produktionsprozeß selbst, vor allem aber auch der regionalen und branchenmäßigen Arbeitsverhältnisse. Das Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, das in den genannten Zahlen zum Ausdruck kommt, erlaubt zwar ein Urteil darüber, wie groß im Durchschnitt des Deutschen Reiches der Beschäftigungsgrad ist, bietet damit aber keine Unterlage für die praktische Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Tatsächlich ist der Grad der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Teilen des Reiches ganz verschieden. Was nun für die einzelnen Gebiete des Reiches gilt, gilt in noch erhöhtem Maße für die einzelnen Branchen des Wirtschaftslebens. Im allgemeinen kann doch der Ausblick nur innerhalb der einzelnen Branchen vollzogen werden, da der Branchenwechsel in großem Umfang nur bei ungleichen Arbeitern möglich ist. Branchen, die unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart besonders leiden, müßten aber, wenn das Projekt durchführbar sein sollte, Arbeiter oder ungelernete Arbeiter in Branchen abgeben, denen es verhältnismäßig besser geht.

Und wie sieht es nun innerhalb dieses verkleinerten Rahmens aus? Da ergibt sich zunächst, daß die Arbeitszeitverkürzung auf jeden Fall eine Erhöhung der Produktionskosten zur Folge hat. Das Verhältnis zwischen Arbeitsanlauf und effektiver Arbeitszeit wird notwendigerweise um so ungünstiger, je kürzer die Arbeitszeit ist. Dazu kommt, und das erscheint von betriebswirtschaftlichen Standpunkt als das Entscheidende, daß das Verhältnis von Kapital und Arbeitskräften im einzelnen Betrieb durchaus verschieden ist. Nur diejenigen Betriebe, die mit relativ wenig Kapital (Maschinen, Apparate usw.) und relativ viel Arbeitskräften arbeiten, können eine Arbeitszeitverkürzung und eine entsprechende Vermehrung der Arbeitskräfte ohne Minderung des Nutzeffekts des Betriebes durchführen. Überall dort, wo das Anlagkapital eine größere Rolle spielt, entsteht mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung und Mehrereinstellung sofort die Frage der Verteilung der Arbeitskräfte auf die Betriebsmittel. Sie ist nach zwei Seiten hin problematisch. Einmal handelt es sich darum, daß in manchen Betrieben die Verwertung der Arbeitskraft nicht kontinuierlich, sondern nur gruppen-



unterschiedlich bedient zu sein. Wenn auch von zukünftiger präsidentlicher Seite erklärt wird, daß rein persönliche Gründe den bisherigen preußischen Innenminister Professor Dr.



Severing.

Wenigstens veranlaßt hätten, seinen Rücktritt zu nehmen — er will sich angeblich wieder völlig seinem akademischen Gehirne widmen —, so ist ihm in allen politischen Fragen doch davon überzeugt, daß sich dahinter ausschließlich politische Gründe verbergen. Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß man in preußischen Regierungskreisen mit politischen Schwierigkeiten rechnet, wie sie sich u. a. durch die von nationalsozialistischen und Stahlhelmleute angeführten Volksbewegungen ergeben würden und daß der preu-

ßische Ministerpräsident auf den Kosten des preußischen Innenministeriums einen harten Mann haben wollte. Diese Auffassung wird bestätigt durch eine Bemerkung des „Vorwärts“, der erklärt, daß die Ernennung Karl Severings zum preußischen Innenminister in allen Kreisen als Antwort auf die nationalsozialistische Diffamierung und Staatsstreichdrohungen aufgefaßt würde. Die Situation erfordere es, heute mehr den Polizeiminister als den Verwaltungsmann an der Spitze des preußischen Innenministeriums zu setzen. Das Wörtchen „politischer“ durch das gleichfalls ein Wechsel im Berliner Polizeipräsidium unmittelbar bevorstehe, um Förgel, der als Regierungspräsident für Wiesbaden ausersehen sei, durch den früheren preußischen Innenminister Grafenstieler ersetzt werden solle. Diese Meldung wird auch von anderen Blättern gebracht, von zukünftiger preußischer Seite allerdings dementiert. Auch die „Germania“ glaubt, daß für den Wechsel im preußischen Innenministerium politische Gründe maßgebend gewesen seien und fragt, ob die Ersetzung Woenig „durch den harten Severing auf eine Verklärung des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen hinauslaufen“ solle. Was der Personalwechsel politisch bedeuten werde, so meint die „DZf“, durch die Person des Nachfolgers vollkommen klargelegt; offenbar sei man an führender Stelle in Preußen und in der Sozialdemokratie der Meinung, daß die gegenwärtigen politischen Spannungen unter Umständen eine härtere Hand erfordern könnten als die des Intellektuellen Woenig. Auch die übrige der preußischen Regierung nachstehende Berliner Presse läßt kaum einen Zweifel darüber, daß die vom „Vorwärts“ angebeutete politische Wächter mit dem Wechsel im preußischen Innenministerium verflochten wird.

Severings Bekenntnis.

Zwei Reden des preußischen Innenministers.

Offenbach a. M., 24. Oktober.

Die Sozialdemokratische Partei hielt auf dem Reichspokalplatz eine Massenversammlung, in deren Verlauf der neue preußische Innenminister Severing das Wort zu einer Rede nahm. Er sagte, es sei zu begrüßen, daß die Sozialdemokratie fünf Wochen nach der Wahl zu neuem Kampf aufstehe. „Es ist unsere große Schuld“, so sagte der Minister, „daß wir mit der großen Aufgabe zur Willensbildung der deutschen Wählerschaft ein wenig zu spät aufgestanden sind. Im letzten Wahlkampf habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß im Vordergrund der politischen Arbeit stehen müsse: Arbeitsbeschaffung und Finanzreform. Wie haben die deutschen Wähler diese Aufgabe verkannt! Die Sozialdemokratie will von heute ab den Widerstand einleiten gegen diesen organisierten Unersand der Massen.“ Severing forderte alle Arbeiter, Republikaner und Gewerkschafter auf, den Plänen der Nationalsozialisten ein Ende zu machen. Diese Partei müsse aus dem deutschen Volksleben hinaus, weil sie eine außenpolitische Bedrohung unserer Interessen und eine innerpolitische Bedrohung der Freiheit der Arbeiterklasse sei. Im Anschluß an die Versammlung fand ein großer Demonstrationsumzug statt.

Am Abend sprach Severing in Frankfurt a. M. in einer Massenversammlung. Er erklärte wörtlich: „Wenn die Gewalttätigkeiten der letzten Tage nicht bald enden, dann wollen wir diesen Gewaltanbruch zeigen, — das soll ein Schwur sein — daß physische Kraft nicht nur bei ihnen vorhanden ist. Wir müssen darauf bedacht sein, in ein erträgliches Verhältnis zu allen Staaten der Welt zu gelangen. Wir wollen gute Deutsche sein. Wir wollen die nationalen Eigenarten des deutschen Volkes pflegen, aber darüber hinaus gute Weltbürger sein.“

Bereinfachung der Verwaltung.

Neueinteilung der preußischen Regierungsbezirke.

Berlin, 24. Oktober.

Innerhalb der preußischen Herrschaft wird seit längerer Zeit der Gedanke einer Vereinfachung der preußischen Verwaltung erörtert, und dabei ist auch der Wegfall von Regierungsbezirken und Landkreisen errogen worden.

Nach diesem Vorschlag wird eine Vergrößerung der Aufsichtsbezirke der mittleren Instanz vorgeschlagen, die die heutigen Verhältnisse durchaus erlauben. Es wird darauf hingewiesen, daß die heutigen Bezirke einen verhältnismäßig ungleich höheren Personalaufwand erfordern und deshalb teurer arbeiten als die großen Bezirke. Eine Vergrößerung der Bezirke würde im ganzen eine erhebliche Personalersparnis zur Folge haben, die nicht auf die Personen der Behördenleiter und ihrer Stellvertreter und auch nicht auf die Zahl der höheren Beamten befristet auswirken würde, sondern sich im wesentlichen bei dem Büropersonal auswirken würde und damit auch auf den höchsten Verwaltungsaufwand. Es wird vorgeschlagen, für den heutigen preußischen Staatsbereich — außer Groß-Berlin — vorläufig 20 mittlere Verwaltungsbezirke zu schaffen, auf deren Behörden die Verwaltungsaufgaben der heutigen 34 Regierungs-, 12 Oberpräsidien und 9 Landesulturrämter zu übertragen sein würden.

Für den Osten,

die Grenzprovinzen, die Grenzmark und Schlesien werden aus grenzpolitischen Rücksichten wenig Veränderungen vorgenommen. Eine Aufhebung der Regierungen in Pommern, Köslin und Stralund wird allerdings vorgeschlagen. Außerdem wäre auch der Regierungssitz Frankfurt a. D. aufzulösen. Der Sitz der Regierung ist Potsdam.